

NR. 03/10



# Reichtum und Finanz- marktkrise

## Handlungsbedarf und politische Antworten

Konferenz der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit und soziale  
Integration der SPD-Bundestagsfraktion

am 28. Juni 2010 in Berlin

## **IMPRESSUM**

**HERAUSGEBERIN:** FRAKTION DER SPD IM DEUTSCHEN BUNDESTAG  
PETRA ERNSTBERGER, MDB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN

**REDAKTION:** HILDE MATTHEIS MDB  
FOTOS: BERND SACHSE

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

**TELEFON:** (030) 227-57133  
**TELEFAX:** (030) 227-56800

[WWW.SPDFRAKTION.DE](http://WWW.SPDFRAKTION.DE)

ERSCHIENEN IM SEPTEMBER 2010

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLISSLICH DER INFORMATION.  
SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

## Inhaltsverzeichnis

---

---

05	<b>Programm</b>
07	<b>Zusammenfassung der Konferenz</b>
15	<b>Schlussfolgerungen</b>
19	<b>Eröffnung und Einführung</b> Hilde Mattheis, MdB Sprecherin der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration der SPD-Bundestagsfraktion
21	<b>Begrüßung</b> Hubertus Heil, MdB Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD- Bundestagsfraktion
23	<b>Bestandsaufnahme: Privates Vermögen, seine Verteilung und Auswirkungen der Ungleichverteilung</b> Dr. Markus M. Grabka DIW (Berlin)
37	<b>Die Finanzmarktkrise und ihre Auswirkungen auf die soziale Balance</b> PD Dr. Dirk Solte Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (Ulm)
47	<b>Die Finanzmarktkrise und ihre Auswirkungen auf die demokratische Gestaltung von Gesellschaft</b> Dr.-Ing. Silke Ötsch Mitglied der Attac-Arbeitsgruppe „Finanzmärkte und Internationale Steuern“
57	<b>Nachfragen und Diskussion</b>

- 61 **Handlungsbedarf und politische Antworten –  
Fortsetzung und Erweiterung der Diskussion  
Beiträge**
- 61 **Ulrike Mascher**  
Präsidentin des VDK Bundesverbandes
- 63 **Annelie Buntenbach**  
Vorstandsmitglied im DGB
- 65 **Sigmar Gabriel, MdB**  
Bundesvorsitzender der SPD
- 69 **Handlungsbedarf und politische Antworten –  
Fortsetzung und Erweiterung der Diskussion  
Diskussionsbeiträge**
- 75 **Schlusswort**  
**Gabriele Hiller Ohm, MdB**  
Stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe  
Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration der  
SPD-Bundestagsfraktion

# Programm

- 13.30      **Eröffnung und Einführung**  
Hilde Mattheis, MdB
- 13.45      **Begrüßung**  
Hubertus Heil, MdB  
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-  
Bundestagsfraktion
- 14.00      **Bestandsaufnahme: Privates Vermögen, seine Verteilung  
und Auswirkungen der Ungleichverteilung**  
Dr. Markus M. Grabka  
DIW (Berlin)
- 14.20      **Die Finanzmarktkrise und ihre Auswirkungen auf die  
soziale Balance**  
PD Dr. Dirk Solte  
Forschungsinstitut für anwendungsorientierte  
Wissensverarbeitung (Ulm)
- 14.40      **Die Finanzmarktkrise und ihre Auswirkungen auf die  
demokratische Gestaltung von Gesellschaft**  
Dr.-Ing. Silke Ötsch  
Mitglied der Attac-Arbeitsgruppe „Finanzmärkte und  
Internationale Steuern“
- 15.00      **Nachfragen und Diskussion**
- 15.45      **Kaffeepause**
- 16.15      **Handlungsbedarf und politische Antworten – Fortsetzung  
und Erweiterung der Diskussion mit:**  
Annelie Buntenbach  
Vorstandsmitglied im DGB  
Sigmar Gabriel, MdB  
Bundesvorsitzender der SPD  
Ulrike Mascher  
Präsidentin des VDK Bundesverbandes
- 18.00      **Schlusswort**  
Gabriele Hiller Ohm, MdB
- 18.15      **Ende der Veranstaltung**



# Zusammenfassung der Konferenz



## Einführung: Hilde Mattheis

Die Datenlage zum Reichtum ist unzureichend. Das musste bereits auf der ersten Konferenz zu „Reichtum in Deutschland“ (2006) festgestellt werden:

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/o\\_52827,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/o_52827,00.html)

Inzwischen hat sich das dank der Studien des DIW etwas verbessert.

Der Befund jedoch muss zu denken geben: Die oberen reichsten 20 Prozent der Bevölkerung besitzen 80 Prozent des Vermögens. Die untere Hälfte der Bevölkerung hat hingegen gar kein Vermögen.

Diese Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich hat in der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise weiter zugenommen und die Mittelschicht schrumpft. Damit ist die Regierung mit dem nächsten Armuts- und Reichtumsbericht in der Pflicht: Der Reichtum in unserer Gesellschaft muss endlich thematisiert und öffentlich besprochen werden. Aber wie die Regierung Krisenbewältigung buchstabiert, hat nicht zuletzt das Sparpaket offenbart: Es geht zu Lasten der ärmeren Teile der Bevölkerung.

Wir müssen die Verteilungsfrage anders lösen. Aus Teilhabe- und Gerechtigkeitsgründen. Aber auch, weil gerechtere Gesellschaften die Menschen glücklicher machen (vgl. die Studie von Richard Wilkinson und Kate Pickett: Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind.)

## Begrüßungsrede: Hubertus Heil

Die Weichenstellung bei der Lösung der Staatsfinanzierungskrise entscheidet maßgeblich darüber, in welcher sozialen Ordnung wir auf der Welt, in Europa und aber auch bei uns in Deutschland künftig leben werden. Dabei sind Steuersenkungsversprechen auf Pump unverantwortlich. Unser Gemeinwesen - Bund, Länder und Gemeinden - braucht in den nächsten Jahren eher mehr, um die Aufgaben im Sozialbereich, in der Bildung und Integration und in der sozialen Infrastruktur zu erfüllen.

Wir müssen im Steuer- und Abgabenbereich über Umverteilung diskutieren. Eine klare Antwort auf die Finanzkrise ist die Forderung nach der Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Wenn es nicht auf internationaler und europäischer Ebene klappt, dann müssen wir auf nationaler Ebene mit einer Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer einen Anfang machen und ein Zeichen setzen, dass die Verursacher der Krise auch ihren Beitrag leisten müssen.

Darüber hinaus müssen wir darüber reden, wie wir Einkommen und Vermögen nach Leistungsfähigkeit an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligen. Wirtschaftlicher Erfolg und soziale Gerechtigkeit sind keine Gegensätze, sondern bedingen sich wechselseitig. In den nächsten Jahren muss mehr für öffentliche und unternehmerische Investitionen getan werden, aber gleichzeitig auch etwas für die Kaufkraft der unteren und mittleren Einkommen.

## Bestandsaufnahme - Reichtum in Deutschland: Dr. Markus M. Grabka

Beim individuellen Reichtum geht es nicht nur um Vermögen, sondern auch um Einkommens- und Konsumreichtum. Letzterer wurde bisher in der Berichterstattung nicht berücksichtigt. Die EVS hat einige methodische Probleme bezüglich der Reichtumsforschung: Sie ist eine Quoten- und keine repräsentative Zufallsstichprobe, berücksichtigt nicht das Betriebsvermögen und es gibt eine Abschneidequote, die gerade reiche Haushalte ausschließt. Sie ist deshalb eigentlich nicht geeignet. Das SOEP ist die einzige Erhebung, die für 99 Prozent der Bevölkerung bezüglich des Reichtums zuverlässige Angaben bietet, jedoch nicht für das oberste ein Prozent der Top-Vermögenden.

Die Wohlfahrtzuwächse in den letzten 20 Jahren sind in der Breite der Bevölkerung nicht angekommen. Im Zehnjahresvergleich der Einkommen haben vor allem an den Rändern extreme Veränderungen stattgefunden: Die untersten zehn Prozent der Bevölkerung haben Verluste von etwa 10 Prozent (Schaubild „Verfügbare Einkommen nach Dezilen“ S. 28) und die Gruppe, die in den unteren Bereich abgerutscht ist, ist von 37 auf 45 Prozent angewachsen (Schaubild „Einkommensmobilität“ S. 30). Die obersten zehn Prozent dagegen haben einen Zugewinn von 17 Prozent - die obersten fünf Prozent sogar von 23 Prozent (Schaubild „Verfügbare Einkommen nach Dezilen“ S. 28).

Dieses Bild bietet auch die Vermögensverteilung (Schaubild „Anteil des Nettovermögens am Gesamtvermögen nach Dezilen“ S. 31): Die Zuwächse bei den TOP 5 Prozent auf einen Vermögensanteil von 45,7 % bzw. der TOP 1 Prozent auf 23 % aller Vermögen (2007, d.h. vor der Krise) ist bemerkenswert.

Die Finanzmarktkrise hatte keine negativen Auswirkungen auf den individuellen Reichtum - im Gegenteil: Die Zahl der Vermögensmillionäre hat bis 2009 auf 861 000 zugenommen (Schaubilder: „Vermögensmillionäre in Deutschland 2003-2009“ S. 33 & 34 und „Zahl der Vermögensmillionäre 2008 und 2009“ S. 35).

Insgesamt besteht die Gefahr, dass die demokratische Wirtschaftsordnung aus den Fugen geraten kann und wir brasilianische Tendenzen bekommen: Ein Vermögensreichtum mit einer echten Reichtumselite auf der einen Seite und auf der anderen Seite - mit der Zunahme der working poor - einer dauerhaften Unterschicht.

Wir wissen einiges über die Ursachen von Armut, aber immer noch sehr, sehr wenig, wie sich der Reichtum in Deutschland entwickelt. Grabka plädiert dafür, in den nächsten Armuts- und Reichtumsberichten bei der Bestandsaufnahme längere Zeitreihen mit einzubeziehen, Prognosen über die künftige Entwicklung aufzunehmen (z.B. bezüglich der zu erwartenden Altersarmut) und für eine Erfolgskontrolle bezüglich der Effizienz und Effektivität – vor allem in der Arbeitsmarkts-, der Sozial- und der Steuerpolitik zu sorgen.



## Die Finanzmarktkrise und ihre Auswirkungen auf die soziale Balance: Dr. Dirk Solte

Es gibt ein grundlegendes Missverhältnis in der Relation von Zentralbankgeld zur gewaltigen Menge an Schwellgeld (1:53,5). In seiner anschaulichen Erläuterung der Auswirkungen am Beispiel des Kinderspiels „Die Reise nach Jerusalem“ (vgl. S. 37ff.) macht Dr. Solte auf die riesige Untiefe der globalen Finanzmarktkrise aufmerksam.

Er fordert: Wir müssen die Verschuldung langsam herunterfahren und gleichzeitig die Wertschöpfung, die die Welt leisten kann, steigern. Dazu müssen die Sozial- und Umweltstandards weltweit verbindlich gemacht werden. Auf G20-Ebene muss ein globaler Deal vereinbart werden für eine Ko-Finanzierung bei Akzeptanz dieser Standards. Zur Finanzierung muss man eine Steuer erheben auf die Erst-Emission von Schwellgeld, d.h. auch bei der Finanztransaktionssteuer muss unbedingt die Erst-Emission einer Steuer unterliegen.

Wenn wir ein Prozent im Durchschnitt besteuern würden, das war ursprünglich die Börsensteuer, würde das global ein Volumen von 1000 bis 2000 Milliarden Euro pro Jahr erbringen. Damit könnten wir das Geldsystem abstützen und den globalen Deal „Ko-Finanzierung für die Implementierung der Umwelt- und Sozialstandards“ in Gang setzen.

---

## Die Finanzmarktkrise und ihre Auswirkungen auf die demokratische Gestaltung von Gesellschaft: Dr. Silke Ötsch

Die Finanzmärkte haben ein derart großes Volumen angenommen, dass Finanzkriterien und Finanzmarktakteure nennenswerten Einfluss auf die Gestaltung der Gesellschaft haben und sich der politischen Steuerung entziehen. Mit der Finanzkrise wurde deutlich, dass für Finanz- und Wirtschaftsakteure politisch gesetzte Rahmenbedingungen nicht gelten.

Momentan sieht es so aus, als ob die Krise von denen bezahlt wird, die sie nicht verursacht haben. Politische Spielräume werden durch Sparmaßnahmen eingeschränkt. Dahingegen sind Vermögende von den Krisenfolgen kaum betroffen. Das derzeitige Wirtschafts- und Finanzsystem verschärft die Ungleichheit und ist eine Gefahr für die Demokratie. Je länger mit umfassenden Reformen des Finanzsektors gezögert wird, umso schwieriger wird es sein, den Geist wieder in die Flasche zu locken.

In der Phase vor dem Crash (ab den 70er Jahren) hat die Politik ihre Steuerungsfähigkeit häufig aus eigenem Antrieb an die Marktakteure abgegeben. Mit dem Argument, Staaten könnten nicht in den Rechtsrahmen anderer Staaten eingreifen, wurde jahrzehntelang Steuer- und Regulierungsflucht geduldet. Deutsche Banken lagerten Geschäfte in Briefkastenfirmen aus, so dass die Risiken aus den Bilanzen verschwanden. Vergleiche mit anderen Staaten wie Kanada oder Spanien zeigen, dass Banken dort besser reguliert und beaufsichtigt waren.

Nach dem Kollaps 2008 bestand unter den G20-Staaten Konsens über notwendige Finanzmarktreformen: Das gesamte Finanzgewerbe sollte der Aufsicht unterliegen, regelfreie Zonen sollten abgeschafft werden.

Die derzeit diskutierten Reformvorschläge beziehen sich auf Teilbereiche der Finanzmarktregulierung. Themen wie Verteilungsfragen waren bis vor kurzem tabuisiert. Ausgeklammert wird die Frage der globalen Ungleichgewichte. Deutschland trägt eine Mitschuld an der Krise, weil andere Staaten überdurchschnittlich viele deutsche Exportgüter aufnehmen und sich dafür verschulden. Deutschland erreicht das durch Lohnzurückhaltung auf Kosten der eigenen ArbeitnehmerInnen.

Die Politik muss vollständig die Richtung wechseln. Die Krise wird noch gravierende Folgen haben - insbesondere in Anbetracht der Leichen in den Kellern deutscher Banken. Unabhängig von Parteipolitik ist eine Aufarbeitung der Krisenursachen notwendig, denn nur so können adäquate Schlüsse für den Umbau der Institutionen und einen Politikwechsel gezogen werden.

---

## Die Zukunft der Altersvorsorge: Ulrike Mascher

In den letzten zwanzig Jahren haben mehrere Regierungen die Rentenpolitik reformiert, um den Beitragssatz zur Rente zu stabilisieren. Mascher befürchtet, dass bei der Dämpfung der Rentenanpassung zu scharf vorgegangen worden ist. Denn die drei Nullrunden (2004, 2005, 2006) bei den Renten waren bei den Berechnungen nicht vorgesehen. Der Ausgleich sollte die zusätzliche Altersvorsorge sein, aber das Modell von Walter Riestler hat die Ungleichverteilung nur verschärft. Denn diejenigen, die ein geringes Einkommen haben, konnten das nicht wahrnehmen. Deshalb sollte die Zielgenauigkeit überprüft werden.

Die Rente ist ein brutaler Spiegel dessen, was während und im Arbeitsleben an Einkommen erreicht werden konnte. Deswegen ist es auch so wichtig, sich bewusst zu machen, was jetzt nach 20 Jahren Deutsche Einheit droht und es notwendig wird, Altersarmut zu verhindern: Die Notwendigkeit für die bedarfsgeprüfte Grundsicherung wird steigen und die Kosten, die damit auf die Kommunen zukommen, werden immer weiter ansteigend zu Buche schlagen.

Deshalb brauchen wir Reformen im Bereich der Rentenpolitik, um eine Form des sozialen Ausgleichs zu schaffen, die wir schon einmal hatten. Grundsätzlich plädiert Mascher für eine gute Beschäftigungspolitik, damit die Rentenpolitik möglichst wenig ausgleichen muss.

---

## Die wirtschaftlich Starken und die Verursacher der Krise in die Pflicht nehmen: Annelie Buntenbach

Die Entwicklung darf sich nicht fortsetzen, dass einem immer größeren privaten Reichtum eine immer größere öffentliche Armut gegenübersteht. Denn die Staatsquote wurde von der Politik bewusst abgesenkt. Das führt nun zur Ebbe in den staatlichen Kassen, bei den finanziellen Mitteln für öffentliche Infrastruktur und für die Kommunen.

Wenn die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandergeht, ist das Grund genug, sich dagegen zu wehren, weil das ungerecht ist. Aber es geht um mehr: Damit wird gleichzeitig auch der Sozialstaat zerstört. Weil dadurch immer mehr Menschen nach unten aus dem sozialen Netz hinausgedrängt werden, die zu Löhnen arbeiten müssen, von denen man nicht leben kann, mit der Folge von Renten, mit denen man nicht leben kann. Da sind wir inzwischen auf dem Weg in einen Bedürftigkeitsstaat.

Auf der anderen Seite „wachsen“ oben immer mehr Menschen aus der Versicherungspflicht „hinaus“ – in Anführungszeichen – und entziehen sich damit immer mehr ihrer sozialen Verantwortung. Und gleichzeitig ist der immense Reichtum ein gewaltiger Treibsatz auf dem Finanzmarkt, der zu den entsprechenden Spekulationsblasen führt. Wo man auch deshalb gegenhalten muss, weil wir sonst vor dem nächsten Crash und der nächsten Krise stehen.

Diejenigen, die wirklich reich sind, müssen bei der Verteilung der Krisenlasten beteiligt werden: Da geht es um Vermögens-, Erbschafts- und Reichensteuer und gleichzeitig um einen neuen Verteilungsschlüssel für die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums insgesamt, der gemeinsam erwirtschaftet wird.

Wir haben in der Wirtschaft eine viel zu starke Orientierung auf Aktionäre und Eigner, die die Anteile am Produktionsvermögen besitzen, und auf kurzfristige Gewinninteressen. Aber wer dabei nicht mehr vorkommt, sind die Belegschaften, die eigentlich mitentscheiden sollten. Da müssen wir wieder mehr Demokratie zurückgewinnen.

Wir brauchen Reformen am Arbeitsmarkt und in den sozialen Sicherungssystemen mit der Perspektive, alle in diese sozialen Sicherungssysteme einzubeziehen und hier eine Solidarität neu zu fassen, damit diejenigen mit den höheren Einkommen und den Kapitaleinkünften in Zukunft für die soziale Sicherung entsprechend mitzahlen.

Wir brauchen mehr Solidarität, wir müssen in Richtung Bürgerversicherung gehen und wir brauchen die Parität zurück, da dürfen sich die Arbeitgeber nicht aus der Verantwortung ziehen. Denn das geht alles nur, wenn wir die wirtschaftlich Starken in die Pflicht nehmen.

## Faire Löhne, gerechte Steuern, handlungsfähiger Staat: Sigmar Gabriel

Das Sparpaket der Regierung ist falsch und unsozial, aber nicht das eigentliche Problem. Denn interessant wird es, wenn man sich anschaut, was die Bundesregierung alles nicht tut, und was sie eigentlich tun müsste - im Rahmen ihrer Haushaltspolitik:

Sie investiert nicht in Bildung. Wir sind eines der reichsten Länder der Erde und nicht einmal Durchschnitt bei den Bildungsausgaben aller Industrieländer, das ist ein Riesenfehler.

Wir haben eine miserable Netto-Investitionsquote bei privaten Unternehmen in Maschinen, in Forschung, Entwicklung und Produktion. Das aber ist der eigentliche Weg, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Wir haben mit 4 Prozent eine der schlechtesten Quoten in Europa, und noch schlimmer sieht es bei den öffentlichen Investitionen aus. Wir haben seit Jahren eine negative Investitionsquote der öffentlichen Investitionen. Das ist etwas, was die Bundesregierung überhaupt nicht angeht.

Städte und Gemeinden sind Orte der gesellschaftlichen Integration. Diese Aufgabe können sie nicht mehr wahrnehmen, weil sie kaputt gespart werden.

Das Kernproblem scheint mir zu sein, dass wir in Deutschland eine ziemlich hohe Sparquote haben und in den letzten Jahren auch – nicht nur – Anlässe gegeben haben, dass diese Sparguthaben in Finanz- und Geldinvestitionen geflossen sind und nicht in Sachvermögen. Darüber werden wir reden müssen, weil wir in der Vergangenheit Fehlanreize gesetzt haben, die wir korrigieren müssen. Die nicht ganz so einfache Frage ist, was kann man machen, dass dieses Geld nicht in undurchschaubare Fonds geht, sondern in Investitionen im Inland.

Die Schere zwischen Arm und Reich lässt sich am Ende nicht ausschließlich dadurch schließen, dass wir über Steuern und Abgaben reden, auch wenn ich finde, dass man das machen muss. Das ist auch eine Frage von gerechter Belastung. Aber dazu muss eine angemessene Lohn- und Gehaltsentwicklung kommen, das bedeutet vor allem, dem Niedriglohnsektor und der Zeit- und Leiharbeit massive Grenzen zu setzen.

Das ist meines Erachtens der Kern dessen, was wir als Sozialdemokraten in der Regierungspolitik nicht richtig gemacht haben. Wir haben dazu beigetragen, ob gut gemeint oder nicht, dass der Wert von Arbeit real sinkt. Diesen Wert von Arbeit wieder deutlich werden zu lassen bei Lohn- und Gehaltsrunden und bei der Eingrenzung des Niedriglohnsektors, halte ich für absolut zwingend erforderlich.

Wenn wir über die Schere zwischen Arm und Reich reden, dann reden wir auch über eine veränderte Steuerpolitik, aber im Kern auch darüber, wie der Staat es schafft, erstens wieder selbst Investor zu sein in öffentliche Infrastruktur und zweitens, wie er es schaffen kann, dass Menschen, die über Sparguthaben verfügen, diese Sparleistung in Sachvermögen investieren und nicht versuchen, ihr Geld auf skurrilen Finanzmärkten zu vermehren.

Man kann in Deutschland bei der Regulierung des Bankensektors sehr wohl auch nur national Entscheidungen treffen. Man kann in den Bereichen eingreifen, in denen die Probleme entstehen, indem es z.B. eine striktere Trennung gibt zwischen den Geschäftsbanken und den Investmentbanken, damit gar nicht erst ein so hohes Interesse daran besteht, dass z.B. Banken sich über Eigenhandel an Wetten auf Rohstoffe beteiligen. Das ist ja oft auch eine Beteiligung an einer Spekulation, die unmenschlich ist, wenn man z.B. die Frage von Zucker oder anderen Rohstoffen sieht, deren Erwerb für Entwicklungsländer sich dadurch viel schwieriger gestaltet.

Der Fehler von Frau Merkel ist, dass sie zur G 20 fährt, ohne dass es eine gemeinsame europäische Position gibt. Die Unternehmensbesteuerung muss zur Frage einer gemeinsamen europäischen Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik werden. Wir müssen das magische Viereck, wie es früher hieß, bzw. heute das magische Fünfeck auf europäische Ebene bringen, ein Wachstums- und Stabilitätsgesetz, das fünf Ziele hat: Stabiles Preisniveau, also niedrige Inflationsrate, stetiges Wirtschaftswachstum, hohes Beschäftigungsniveau und außenwirtschaftliches Gleichgewicht, von dem man in Deutschland wahrlich nicht reden kann, und ein fünftes Ziel muss hinzukommen: ökologische Nachhaltigkeit.

In der Agenda 2010 sind viele Dinge enthalten, die wir heute nicht missen wollen. Wir müssen aber die Fehler, die wir gemacht haben, bekennen und ändern. Der Druck, den sie auf die normalen Löhne durch diesen Ausbau des Niedriglohnsektors entfaltet haben, der ist natürlich gigantisch. Und ein weiterer Fehler der Agenda war: Der radikale Schnitt - nach Bezug von Arbeitslosengeld - relativ schnell auf dem Niveau von Hartz IV zu landen. Das ist gerade für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer etwas gewesen, wo ein Grundvertrauen in die Gewerkschaften und die SPD gefährdet wurde.

---

## Demokratie und soziale Sicherung: Annelie Buntenbach

Das andere aber ist die Angst, die die Leute haben, dass sie in ihrem Betrieb schon nicht mehr mit geradem Kreuz ihre Interessen vertreten, weil sie Angst haben, ihre Arbeit zu verlieren, um dann nach einem Jahr in Hartz IV zu landen, was bedeuten kann (und sie wissen das), dass ihnen ihre Lebensleistung verloren geht.

Ganz entscheidend ist, glaubwürdig zu sagen, wie man das wieder verändern kann. Denn das ist eine Verunsicherung, die bis tief in die Mitte der Gesellschaft hineinwirkt. Das ist ein Verlust von Demokratie im Betrieb, aber auch ein Verlust von Demokratie in der Gesellschaft, wenn die Menschen sich nicht mehr trauen, sich wirklich einzumischen, weil der Absturz so tief sein kann.

Deswegen ist der entscheidende Punkt, an dem wir gemeinsam arbeiten müssen, die Frage, wie der Reichtum in Zukunft verteilt wird, damit die, die hier arbeiten, auch von ihrer Arbeit leben können, und darauf aufbauend auf ihre soziale Sicherung vertrauen können.

---

## Schlusswort: Gabriele Hiller-Ohm

Eine Frage ist etwas zu kurz gekommen: Armut ist kein Neutrum. Armut hat ein Geschlecht. Armut ist weiblich. Gerade im Niedriglohnbereich arbeiten 70 Prozent Frauen. Vor allem Frauen sitzen in der Armutsfalle. Sie würden von der Einführung eines Mindestlohns profitieren.

Wir brauchen ausreichende Betreuungsplätze. Das ist besonders wichtig für langzeitarbeitslose Frauen, die aufgrund der schwierigen Betreuungssituation überwiegend Alleinerziehende sind.

Hiller-Ohm verweist darauf, dass die SPD-Bundestagfraktion ein Gesetz zur Entgeltgleichheit auf den Weg bringen wird: Denn 23 Prozent beträgt die Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen – das muss sich ändern.

---

# Schlussfolgerungen

Die AG Verteilungsgerechtigkeit der SPD-Bundestagsfraktion hat nachfolgende Schlüsse aus den Ergebnissen der Konferenz gezogen. Sie sollen u.a. als Vorschläge zur Verbesserung der Berichterstattung über den „Reichtum“ Eingang in die Armuts- und Reichtumsberichterstattung finden.

## Politische Antworten auf die vertiefte Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich

Die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich hat sich auch in der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise vertieft. Die Wohlfahrtzuwächse in den letzten 20 Jahren sind in der Breite der Bevölkerung nicht angekommen. Insgesamt besteht die Gefahr, dass die demokratische Wirtschaftsordnung aus den Fugen geraten kann und wir brasilianische Tendenzen bekommen: Ein Vermögensreichtum mit einer echten Reichtumselite auf der einen Seite und auf der anderen Seite - mit der Zunahme der working poor - einer dauerhaften Unterschicht. Es geht nicht nur darum, aus Teilhabe- und Gerechtigkeitsgründen die Verteilungsfrage anders zu lösen, sondern - mit Blick auf die Studie von Richard Wilkinson und Kate Pickett - auch darum, dass gerechtere Gesellschaften die Menschen glücklicher machen, d.h. den sozialen Frieden sichern.

- Die Entwicklung, dass einem immer größeren privaten Reichtum eine immer größere öffentliche Armut gegenübersteht, muss gestoppt werden. Unser Gemeinwesen - Bund, Länder und Gemeinden - braucht in den nächsten Jahren eher mehr Steuern, um die Aufgaben im Sozialbereich, in der Bildung und Integration und in der sozialen Infrastruktur zu erfüllen. In den nächsten Jahren muss mehr für öffentliche und unternehmerische Investitionen (z.B. im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen in der Pflege und dem Gesundheitsbereich) getan werden, aber gleichzeitig auch etwas für die Kaufkraft der unteren und mittleren Einkommen.
- Der Wert von Arbeit muss wieder deutlich werden. Der Reichtum muss in Zukunft so verteilt werden, dass die, die hier arbeiten, auch von ihrer Arbeit leben können, und darauf aufbauend auf ihre soziale Sicherung vertrauen können. Dazu muss es eine angemessene Lohn- und Gehaltsentwicklung geben, das bedeutet vor allem, dem Niedriglohnsektor und der Zeit- und Leiharbeit massive Grenzen zu setzen. Dafür brauchen wir auch den gesetzlichen Mindestlohn.
- Nach wie vor verdienen Frauen in Deutschland bis zu 25% weniger für gleiche oder gleichwertige Arbeit als ihre männlichen Kollegen. Diese Lohnlücke muss mit gesetzlichen Regelungen geschlossen werden. Dazu brauchen wir ein Entgeltgleichheitsgesetz.
- Frauen können aber nur dann einer sozialversicherungspflichtigen und existenzsichernden Arbeit nachgehen, wenn die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden. Dazu muss der qualitative und quantitative Ausbau von Ganztagsangeboten (sowohl Kita als auch Ganztagschulen) weiter vorangetrieben werden. Das erhöht gleichzeitig die Bildungschancen unserer Kinder und trägt zu einer Verringerung der Spaltung der Gesellschaft bei.

- Wir brauchen Reformen auch in den sozialen Sicherungssystemen. Wir brauchen perspektivisch eine Bürgerversicherung d.h. es sollen alle in diese sozialen Sicherungssysteme einbezogen werden. Die Arbeitgeber dürfen sich nicht aus der Verantwortung ziehen: Wir brauchen die Parität zurück.
- Wir müssen die Alterssicherungspolitik am Ziel der Lebensstandardsicherung orientieren und machen uns stark für eine solidarische gesetzliche Rentenversicherung. Dies schließt auch die Prüfung der rentenpolitischen Maßnahmen seit 2001 ein.
- Die Staatsquote muss wieder erhöht werden. Steuern und Abgaben sind eine Frage von gerechter Belastung. Einkommen und Vermögen müssen sich nach Leistungsfähigkeit an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligen. Diejenigen, die wirklich reich sind, müssen bei der Verteilung der Krisenlasten mittels Vermögens-, Erbschafts- und Reichensteuer beteiligt werden. Wir brauchen einen neuen Verteilungsschlüssel für die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums insgesamt.
- Der Staat muss erstens wieder selbst Investor in öffentliche Infrastruktur sein und zweitens es schaffen, dass Menschen, die über Sparguthaben verfügen, diese Sparleistung in Sachvermögen (wie etwa die energetische Gebäudesanierung) investieren und nicht versuchen, ihr Geld auf skurrilen Finanzmärkten zu vermehren.
- Wir brauchen eine Reform des Steuervollzugs. Die Finanzbehörden sind schlecht ausgestattet und die Strukturen der gegenwärtigen Ordnung von Bundes- und Ländersteuern sind für den Steuervollzug oft kontraproduktiv.
- Wir brauchen Finanzmarktreformen, die das gesamte Finanzgewerbe der Aufsicht unterstellen, und regelfreie Zonen müssen abgeschafft werden.
- In Deutschland müssen auch unabhängig von internationalen Vereinbarungen Regulierungen des Bankensektors in den Bereichen vorgenommen werden, in denen die Probleme entstehen wie z.B. eine striktere Trennung zwischen den Geschäftsbanken und den Investmentbanken.
- Eine klare Antwort auf die Finanzkrise ist die Forderung nach der Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Wenn es nicht auf internationaler und europäischer Ebene klappt, dann müssen wir auf nationaler Ebene mit einer Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer einen Anfang machen und ein Zeichen setzen, dass die Verursacher der Krise auch ihren Beitrag leisten müssen.
- Im Rahmen eines europäischen Wachstums- und Stabilitätsgesetzes, eines magischen Fünfecks (mit den Zielen stabiles Preisniveau, stetiges Wirtschaftswachstum, hohes Beschäftigungsniveau, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und ökologische Nachhaltigkeit) muss die Unternehmensbesteuerung zur Frage einer gemeinsamen europäischen Wirtschafts- Finanz- und Steuerpolitik werden.



## Vorschläge zur Verbesserung der „Armut- und Reichtumsberichterstattung“

- Es muss mehr zur Erforschung der Ursachen von Reichtum in Deutschland getan werden. Die wirklich Reichen sind bisher in keiner Erhebung enthalten. Wir müssen die Multidimensionalität berücksichtigen und nicht nur die Vermögens- und Einkommenseite. Dafür brauchen wir zusätzliche Indikatoren, die wir in die künftige Armuts- und Reichtumsberichterstattung einbringen werden.
- Wir brauchen mehr Transparenz, indem die verfügbaren Daten zum Reichtum (z.B. im Bereich der Steuerflucht) durch internationale Regelungen und internationalen Austausch für die Reichtums-Forschung verfügbar gemacht werden.
- Der Konsumreichtum und seine Verteilung wurde bisher in der Berichterstattung nicht berücksichtigt. Er soll Thema in den künftigen Berichten werden.
- In den nächsten Armuts- und Reichtumsberichten sollen bei der Bestandsaufnahme längere Zeitreihen mit einbezogen werden. Prognosen über die künftige Entwicklung sollen aufgenommen werden (z.B. bezüglich der zu erwartenden Altersarmut) sowie eine Erfolgskontrolle bezüglich der Effizienz und Effektivität – vor allem in der Arbeitsmarkts-, der Sozial- und der Steuerpolitik eingeführt werden.



# Eröffnung und Einführung

## Hilde Mattheis, MdB Sprecherin der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration der SPD-Bundestagsfraktion



Meine Damen und Herren, wertige Gäste, liebe Genossinnen und Genossen, ich begrüße Sie und euch ganz herzlich zu unserer heutigen Konferenz zum Thema „Reichtum und Finanzmarktkrise“. Am Wochenende hat der G 20-Gipfel die Nachrichten bestimmt. Der erste Eindruck ist – und so wird das auch über die Medien und in der Presse kommuniziert – dass in Toronto nichts definitiv entschieden worden ist.

Wir hatten alle gehofft, dass sich die politisch Verantwortlichen wenigstens auf einen Minimalkonsens verständigen, der ein Stück weit die Regeln auf den Finanzmärkten reformieren soll und diejenigen, die zu den Verursachern der Krise gehören, mit in die Verantwortung und die Pflicht genommen werden. Ich habe die Überschrift der Frankfurter Rundschau im Kopf, die das Ergebnis von Toronto mit der Schlagzeile kommentierte: „Die Spekulanten sind die Gewinner und die Ärmeren sind die Verlierer“.

Wir wollen uns heute austauschen, welche politische Handlungsoptionen wir haben und welche politischen Forderungen es geben muss. Eins ist klar, wir als SPD-Fraktion, wir haben uns in verschiedenen Punkten schon positioniert: Wir wissen, wir brauchen die Wiedereinführung der Vermögensteuer, wir brauchen die Reform der Erbschaftsteuer, wir brauchen starke Kommunen und eine gute Infrastruktur. Denn das, was wir mit der Reichtums- und Armutsberichterstattung immer auch in den politischen Focus genommen haben, dass es nämlich um die Teilhabe und um die Verteilung in unserer Gesellschaft geht, ist auch jetzt unser Thema.

Als wir uns vor vier Jahren, im Jahr 2006, auf einer ersten Konferenz den Reichtumsaspekt angesehen haben, war bereits klar: Die vorhandene Datenlage zum Reichtum ist nicht ausreichend. Nun hat sich dank der Studien des DIW – und an dieser Stelle darf ich Herrn Dr. Grabka ganz herzlich begrüßen – die Datenlage verbessert, mit dem Ergebnis: Die Konzentration von Reichtum hat zugenommen – auch in und mit der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise. Wenn man sich die Verteilungs-Zahlen zum Vermögensbesitz ansieht und weiß, die oberen reichsten 20 Prozent der Bevölkerung besitzen 80 Prozent des Vermögens und die untere Hälfte der Bevölkerung hat gar kein Vermögen (wenn man ihr Vermögen und das, was sie an Schulden haben, miteinander verrechnet), dann sind das Zahlen, die uns zu denken geben müssen.

Wir haben in den letzten beiden Jahren sehr intensiv diskutiert, was sich in unserer Gesellschaft ändern muss, damit die Schere zwischen Arm und Reich nicht noch weiter auseinandergeht. Dass das nicht ausschließlich national zu ändern ist, ist uns allen klar. Aber sich zurückzulehnen und zu sagen, die anderen wollen nicht mitmachen und deswegen sind uns die Hände gebunden, ist uns als SPD zu wenig.

Deswegen haben wir neben Herrn Dr. Grabka - und ich freue mich, Sie heute begrüßen zu dürfen - Frau Dr. Ötsch von Attac eingeladen. Attac hat vor wenigen Monaten ein vielbeachtetes Bankentribunal organisiert. Das war ein wichtiger Beitrag zur Frage, wer für die Finanzmarktkrise in welchem Maße verantwortlich zu machen ist und wer die Hauptakteure in diesem Spiel sind. Ich glaube es ist wichtig, dass wir von einer so starken Bewegung wie Attac Aussagen darüber hören werden, welche politische Handlungsoptionen Attac vorschlägt und was ihrer Ansicht nach politisch getan werden muss.

Ich freue mich, an dieser Stelle Herrn Dr. Solte begrüßen zu dürfen vom „Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung“, das bei uns in Ulm abgekürzt FAW heißt und das dort jeder kennt. Er wird uns die Spielregeln des Finanzmarkts und im Bankensektor erklären, wie sie gegenwärtig vorherrschen, und uns Möglichkeiten des Gegensteuerns vorschlagen.

Die Zahlen des Reichtums und der Armut sind offensichtlich und offenkundig. Wir wollen in unserem Land keine Gesellschaft, die immer weiter auseinandertrifft. Denn wir wissen, nach einer Finanz- und Wirtschaftskrise kam es und kommt es zur Krise von Staaten. Und vorzubeugen, dass wir keine Krise der Demokratie bekommen, ist unser wichtigstes Anliegen in dieser Situation.

Wir wollen den Blick auch auf die nächste Armuts- und Reichtumsberichterstattung richten, denn da ist die jetzige schwarz-gelbe Regierungskoalition in der Pflicht. Wie diese Regierung Krisenbewältigung buchstabiert, haben wir nicht zuletzt durch das Sparpaket offenbart bekommen, das ausschließlich zu Lasten der ärmeren Teile der Bevölkerung geht.

Wir wollen in unsere politischen Handlungen auch mit einfließen lassen, dass es nicht nur darum geht, aus Teilhabe- und Gerechtigkeitsgründen diese Verteilungsfrage anders zu lösen, sondern dass es auch darum geht (mit Blick auf die Studie von Richard Wilkinson und Kate Pickett), dass gerechtere Gesellschaften die Menschen glücklicher machen. Dieser Blick auf das, was ist und auf das, was wir tun müssen ist Grundlage für die richtige Weichenstellung.

Weil dies eine gute Überleitung für eine Begrüßungsrede ist (und deshalb habe ich mir diese Begrüßung bis zum Schluss aufgehoben), begrüße ich an dieser Stelle den Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Hubertus Heil.

---

# Begrüßung

## Hubertus Heil, MdB Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD- Bundestagsfraktion



Die Beschlüsse, die gestern in Toronto gefallen sind, sind nicht sehr substantiell. Sie sind im Wesentlichen auf einen Nenner zu bringen: Dass in den nächsten Jahren die G 20-Länder ihre Haushaltsdefizite runterbringen werden. Nun kann niemand etwas gegen vernünftige Staatshaushalte haben, aber das ist nicht das, was man zu erwarten hat, wenn man sich wirklich mit den Ursachen der Finanzmarktkrise auseinandersetzen will.

Es ist wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass wir im Moment die Phase 3 ein und derselben Krise erleben. Als es 2008 losging, war es eine Finanzmarktkrise mit der Folge, dass Schutzschirme für Banken errichtet werden mussten, um den Zusammenbruch des Finanzsystems zu verhindern. Das ist einigermaßen gelungen.

Was nicht gelungen ist, ist Phase 2 dieser Krise zu verhindern: Das Überspringen der Bankenkrise über eine Finanzkrise zu einer realwirtschaftlichen Weltwirtschaftskrise zu verhindern – mit dem Ergebnis, dass wir massiv gegenzusteuern hatten mit Schutzschirmen für die Realwirtschaft und Konjunkturprogrammen, mit Maßnahmen wie der verlängerten Kurzarbeit, die mitgeholfen haben, dass wir am Arbeitsmarkt besser durch die Krise gekommen sind.

Aber Teil 3 der Krise ist die Staatsfinanzierungskrise, die dramatisch beschleunigt wurde durch diese Finanzkrise - auch bei uns in Deutschland.

Die Frage, wie wir jetzt mit der Staatsfinanzierungskrise umgehen, entscheidet maßgeblich darüber, in welcher sozialen Ordnung wir auf der Welt, in Europa und aber auch bei uns in Deutschland in den nächsten Jahren leben werden.

Die Aufgabe, die jetzt vor uns steht, für uns Sozialdemokraten - deshalb brauchen wir den Dialog mit Ihnen - ist nicht nur zu identifizieren, was da falsch läuft, sondern realistische Alternativen zu bieten.

Wir fangen nicht bei Null an. Wir haben Vorschläge gegen eine zunehmende Prekarisierung von Arbeit gemacht. Wir müssen aber auch über die Frage diskutieren, wie in unserem Steuer- und Abgabensystem die Belastungen verteilt sind. Durch einen relativ niedrigen Spitzensteuersatz und die Deckelung der Bemessungsgrundlage leisten höchste Einkommen zur Finanzierung der Sozialsysteme einen nicht angemessenen Beitrag.

Steuersenkungsversprechen auf Pump sind unverantwortlich. Unser Gemeinwesen, Bund, Länder und Gemeinden brauchen in den nächsten Jahren eher mehr, um die Aufgaben im Sozialbereich, in der Bildung und Integration und in der sozialen Infrastruktur beispielsweise zu erfüllen.

Wir müssen im Steuer- und Abgabebereich über Umverteilung diskutieren. Hilde Mattheis hat dafür einige Stichworte genannt. Eine klare Antwort auf die Finanzkrise ist die Forderung nach der Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Wenn es nicht auf internationaler und europäischer Ebene klappt, dann müssen wir auf nationaler Ebene mit einer Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer einen Anfang machen und ein Zeichen setzen, dass die Verursacher der Krise auch ihren Beitrag leisten müssen.

Darüber hinaus müssen wir darüber reden, wie wir Einkommen und Vermögen nach Leistungsfähigkeit an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligen, und zwar so, dass es wirtschaftlich vernünftig ist. Bei dieser Debatte zeigt sich, dass wirtschaftlicher Erfolg und soziale Gerechtigkeit keine Gegensätze sind, sondern sich wechselseitig bedingen.

Ein Gebot in den nächsten Jahren wird es sein, etwas für mehr öffentliche und unternehmerische Investitionen zu tun, aber gleichzeitig auch etwas für die Kaufkraft der unteren und mittleren Einkommen, deren Geld nicht in die Sparquote geht, sondern eher in den wirtschaftlichen Kreislauf.

Wenn wir über Armut und Reichtum reden, ist es uns Sozialdemokraten wichtig, den Schulterschluss mit Gewerkschaften und Sozialverbänden zu suchen und uns um die zu kümmern, die - regelrecht verfestigt - nach unten abgerutscht sind, und gleichzeitig um die, die Abstiegsängste haben in diesem Land, d.h. die arbeitende Mitte in dieser Gesellschaft, d.h. all diejenigen, die Steuern und Abgaben zahlen, die täglich ihre Pflicht tun, aber die das Gefühl haben, keinen rechten und gerechten Anteil mehr zu haben an den Lebenschancen in diesem Land. Diese Debatten gehören zusammen.

Die gerade veröffentlichte Studie des DIW macht eins deutlich: Die arbeitende Mitte schrumpft und hat Angst vor dem Abstieg. Das war eine der Ursachen für die dramatische Wahlniederlage der SPD bei der letzten Bundestagswahl. Das haben wir begriffen und deshalb ist es notwendig, dass wir heute an diesem zentralen Thema arbeiten, das uns jahrelang begleiten wird.

Dafür ist uns der Austausch mit Gewerkschaften, Wissenschaft und Sozialverbänden außerordentlich wichtig, damit wir tatsächlich ein solides, gerechtes, nach vorne weisendes Konzept hinbekommen - im Rahmen dessen, was die Sozialdemokratie in ihrem Grundsatzprogramm deutlich gemacht hat.

Unser Begriff von Freiheit ist nicht nur die Freiheit des Menschen, des Individuums vor dem Staat, das ist eine Freiheit, die uns wichtig ist, vor Bespitzelung, vor Unterdrückung. Aber es gibt auch eine soziale Voraussetzung, die der Staat schaffen muss, damit Menschen frei und selbstbestimmt leben können. Das betrifft den sozialen Rechtsstaat, der in Artikel 20 des Grundgesetzes verankert ist, und den wir in dieser Zeit mit neuem Leben füllen müssen.

Ich bedanke mich ganz herzlich, dass Sie alle heute zu unserer Veranstaltung gekommen sind.

.....

# Bestandsaufnahme: Privates Vermögen, seine Verteilung und Auswirkungen der Ungleichverteilung

Dr. Markus M. Grabka  
DIW (Berlin)



Ich werde in der Tat eine Bestandsaufnahme vornehmen, vor allem, wie es um den Reichtum in Deutschland bestellt ist, aber nicht nur um den Vermögensreichtum, sondern auch um andere Aspekte wie den Einkommensreichtum und Konsumreichtum und Konsumarmut, was bisher in der Armuts- und Reichtumsberichterstattung nicht berücksichtigt wurde.

Im folgenden werden dazu die Folien des Vortrags von Herrn Dr. Markus M. Grabka dokumentiert:

 The German  
Socio-Economic  
Panel Study

## **Bestandsaufnahme: „Reichtum“ in Deutschland**

Dr. Markus M. Grabka  
(DIW Berlin / SOEP)

Konferenz „Reichtum und Finanzmarktkrise“, der SPD-Bundestagsfraktion,  
28. Juni 2010, Berlin,



 The German  
Socio-Economic  
Panel Study


### **Gliederung**

- Definition
- Datenquellen
- Empirische Befunde
- Wirtschafts- und Finanzmarktkrise
- Ausblick

2







**Definition**  The German Socio-Economic Panel Study

## Individuelle Wohlfahrtsmessung

- Geld- und Sachvermögen
- Markt- & verfügbare Einkommen
- Konsum

10-09-20 Author: Max Mustermann 3



**Datenquellen für Vermögensanalysen**  The German Socio-Economic Panel Study


## Amtliche Statistik

- Mikrozensus
- European Union Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC)
- Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)  
Probleme: Quotenstichprobe, Betriebsvermögen, obere Abschneidegrenze, Anwartschaften an Alterssicherungssysteme

## Wissenschaft

- Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)  
Probleme: Top-Vermögende, Hausrat, Fahrzeuge, Untererfassung der Geldvermögen

10-09-20 Author: Max Mustermann 4



## Empirische Befunde



### Sozio-ökonomisches Panel (SOEP)

- Größte Längsschnittstudie in Deutschland
- Seit 1984 jährliche Erhebung / konsistente Zeitreihe
- Substichproben: Migranten, Hocheinkommen
- 2007: 22.000 Befragungspersonen in rund 11.000 Haushalten

### Einkommenskonzept gemäß EU-Standard

- Haushaltseinkommen inklusive dem Mietwert selbstg. Wohneigentums
- Vor-Jahreseinkommen
- Bedarfsgewichtung: modifizierte OECD-Äquivalenzskala
- Bevölkerung in Privathaushalten

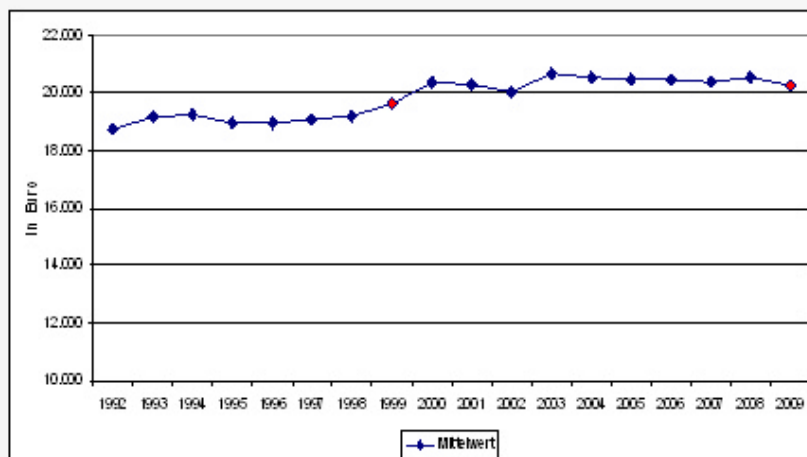
10-09-20

Author: Max Mustermann

5



## Reale verfügbare Einkommen 1992-2009



Quelle: SOEP, Personen in Privathaushalten, Einkommen in Preisen von 2005.

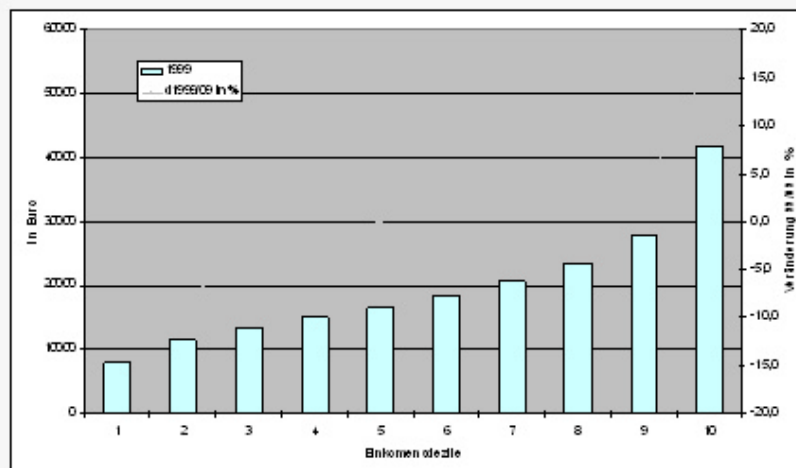
6



## Geht die Schere zwischen Arm und Reich auseinander ?

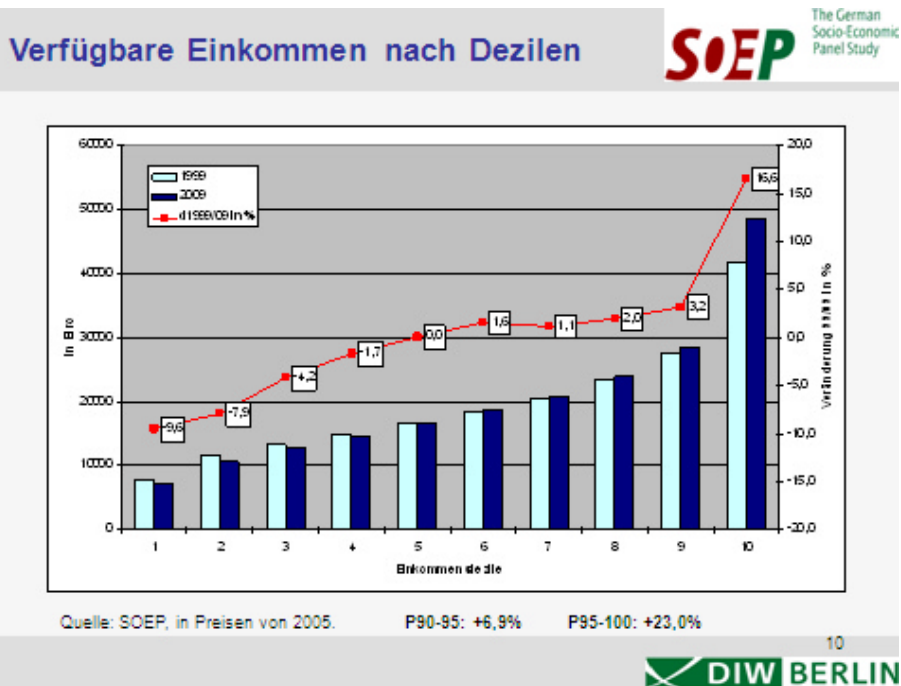
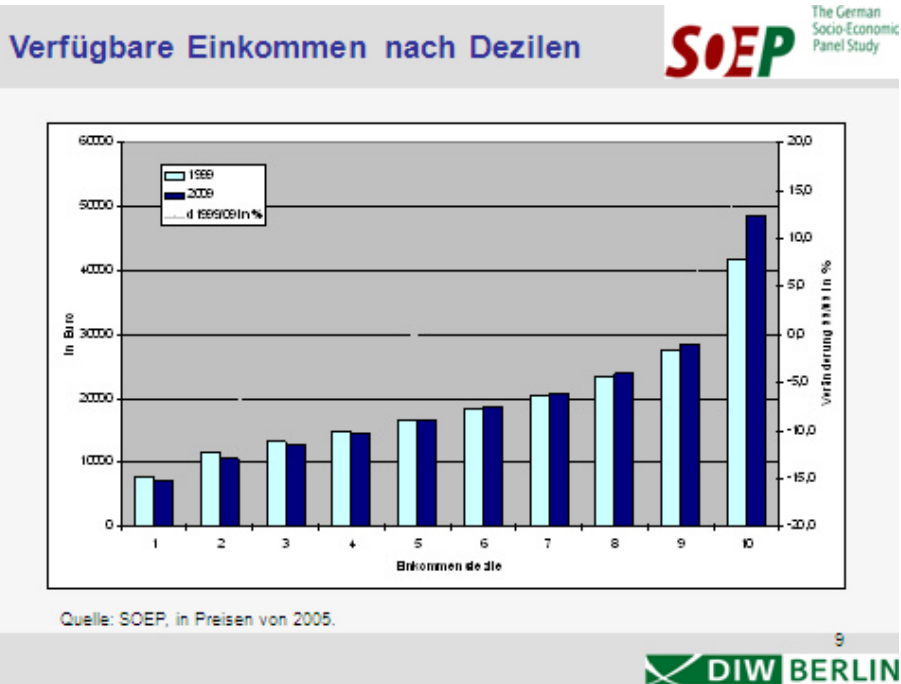
7

## Verfügbares Einkommen nach Dezilen



Quelle: SOEP, in Preisen von 2005.

8



**SOEP** The German Socio-Economic Panel Study

## Einkommenschichtung & Mobilität

11

**DIW BERLIN**

**SOEP** The German Socio-Economic Panel Study

### Einkommenschichtung

12

**DIW BERLIN**

Quelle: SOEP, Personen in Privathaushalten.  
Einkommensposition auf Basis des jahresspezifischen Median=100.

## Einkommensmobilität



### Anteil der Personen die ihre relative Einkommensposition nicht verändern

Zeitraum	relative Einkommensposition (Median = 100)						
	0% - < 50%	50% - < 80%	80% - < 100%	100% - < 120%	120% - < 150%	150% - < 200%	> 200%
1993 – 1996	37,0	52,2	38,1	31,6	37,3	43,9	57,5
1999 – 2002	41,0	44,8	34,6	29,7	35,3	36,6	60,9
2005 – 2008	44,6	56,3	35,3	33,5	40,8	41,0	69,9

Quelle: SOEP, Personen in Privathaushalten,  
Einkommensposition auf Basis des jahresspezifischen Median=100.

13




## Vermögensungleichheit



14



## Vermögen




The German  
Socio-Economic  
Panel Study

### Vermögen des privaten Sektors


ohne Anwartschaften an die Alterssicherungssysteme  
ohne Hausrat / Fahrzeuge

	2007
Bruttogesamtvermögen in Mrd. €	7.224
Verbindlichkeiten in Mrd. €	1.200
Nettogesamtvermögen in Mrd. €	6.024
<i>Nachrichtlich:</i>	
Mittelwert in €	83.077
Median in €	14.751
Anteil: negatives oder kein Vermögen	28,1%

15

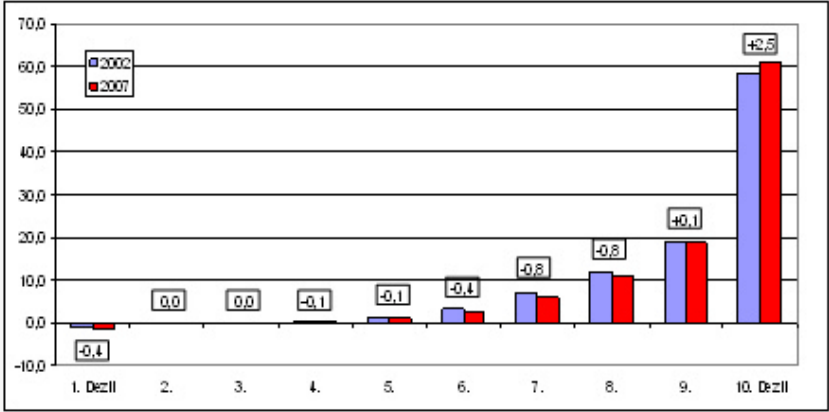
Quelle: SOEP 

## Vermögensverteilung




The German  
Socio-Economic  
Panel Study

### Anteil des Nettovermögens am Gesamtvermögen nach Dezilen



Top 5%: 43,2% → 45,7% (2007)  
 Top 1%: 21,2% → 23,0% (2007)

16


Quelle: SOEP 


 The German  
Socio-Economic  
Panel Study

## Wirtschafts- und Finanzmarktkrise

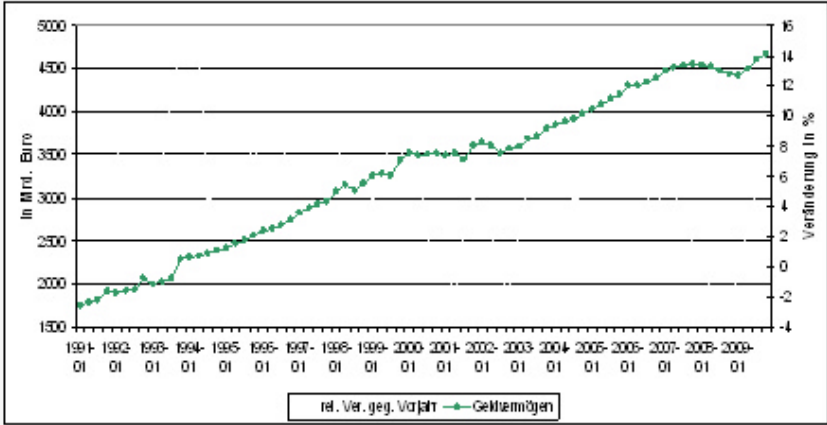
17





 The German  
Socio-Economic  
Panel Study

## Finanzmarktkrise

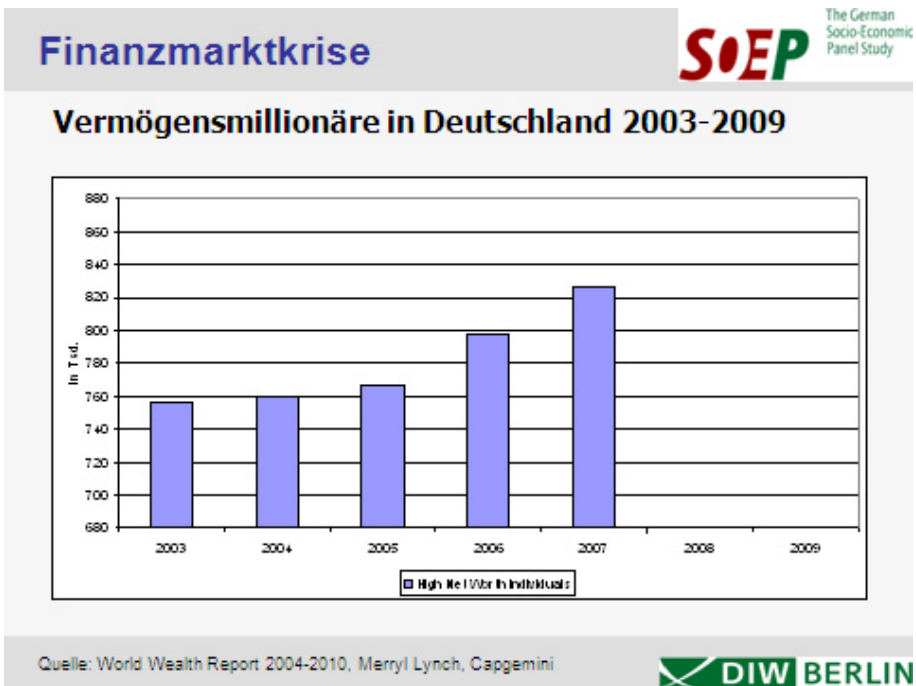
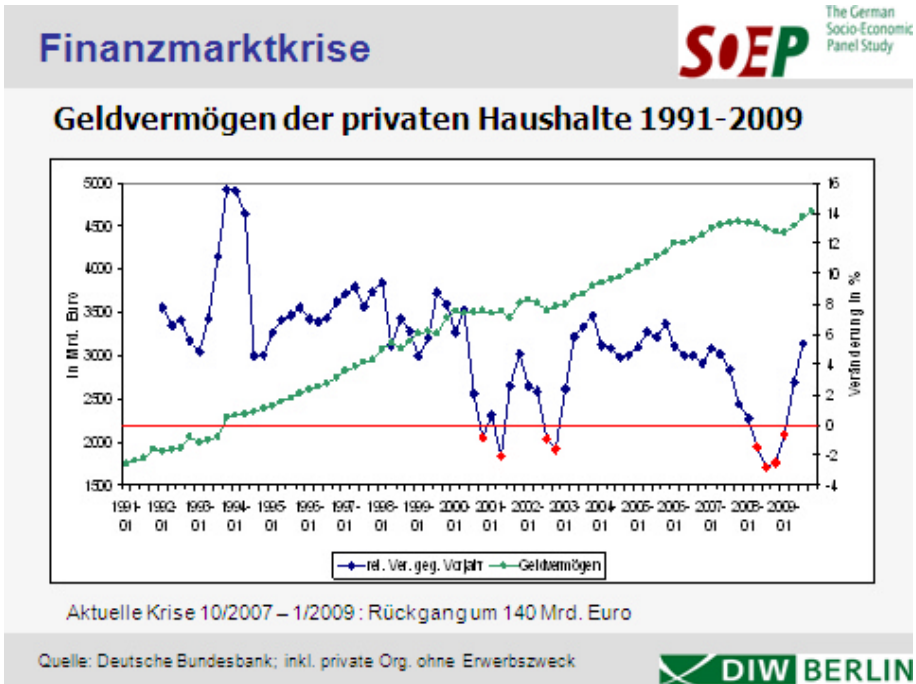
### Geldvermögen der privaten Haushalte 1991-2009



Quelle: Deutsche Bundesbank; inkl. private Org. ohne Erwerbzweck



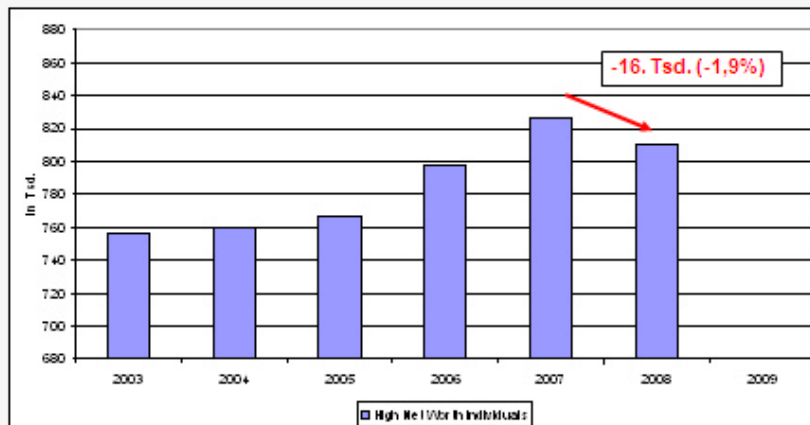




## Finanzmarktkrise

**SOEP** The German  
Socio-Economic  
Panel Study

## Vermögensmillionäre in Deutschland 2003-2009



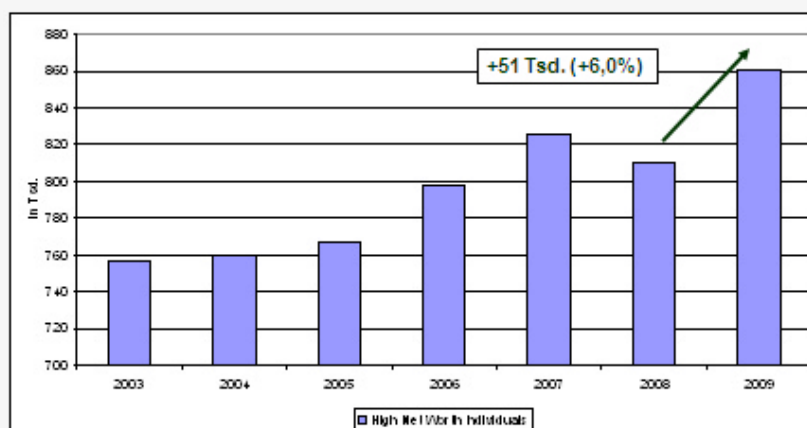
Quelle: World Wealth Report 2004-2010, Merrill Lynch, Cargemini

**DIW BERLIN**

## Finanzmarktkrise

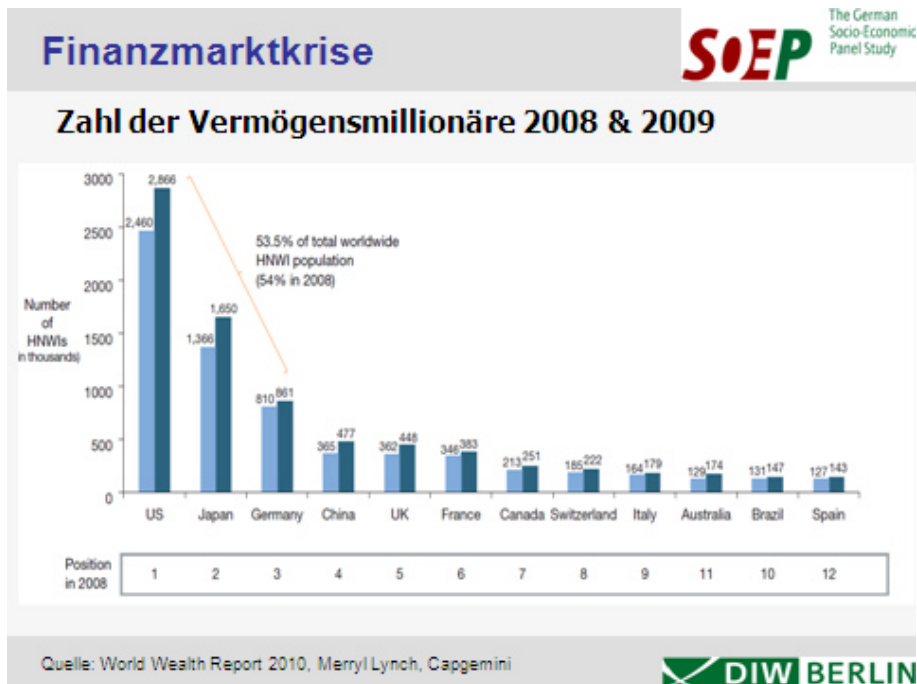
**SOEP** The German  
Socio-Economic  
Panel Study

## Vermögensmillionäre in Deutschland 2003-2009



Quelle: World Wealth Report 2004-2010, Merrill Lynch, Cargemini

**DIW BERLIN**



## Ausblick

**SOEP** The German Socio-Economic Panel Study

### Defizite der Armuts- und Reichtumsberichterstattung


- Mobilität
- künftige Entwicklung von Armut und Reichtum (insb. Altersarmut)
- Nichtanspruchnahme staatlicher Transfers (verdeckte Armut)

### Fragestellungen für den 4. Armuts-/Reichtumsbericht

- Intensität der Armut / Reichtum (konsistente Zeitreihen)
- Prognose der Armut / Reichtum bei unveränderter Politik (Altersarmut)
- Identifikation der Ursachen von Armut / Quellen des Reichtums
- Erfolgskontrolle (Effizienz und Effektivität) steuer-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Maßnahmen (inkl. Lastenverteilung zwischen Einkommensschichten („Arm trotz Arbeit“ – Working poor)
- Bildet sich eine Unterschicht / Reichtumselite?  
Vorbeugende Maßnahmen?


24

**DIW BERLIN**



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !

25



# Die Finanzmarktkrise und ihre Auswirkungen auf die soziale Balance

PD Dr. Dirk Solte  
Forschungsinstitut für anwendungsorientierte  
Wissensverarbeitung (Ulm)



Vielen Dank, dass ich hier in Berlin referieren darf. Nun, in diesem Umfeld möchte ich zuerst mit einem Tabu brechen. Sie kennen vielleicht in Deutschland den Spruch, über Geld redet man nicht, das hat man. Wenn man aber den Kern der Finanzmarktkrise begreifen will, ist entscheidend, dass man weiß, was Geld ist, was Finanzvermögen überhaupt darstellt und wie das mit der Wertschöpfung zusammenhängt. Denn wenn wir über Armut reden, ist die Frage: Haben wir zu wenig Geld, haben wir ein Verteilungsproblem von Geld oder haben wir ein ganz anderes Verteilungsproblem? Das ist die entscheidende Frage, die man klären muss, wenn man etwas verändern will.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: In diesem Text geht es nicht darum, „Schuldige“ der aktuellen Krise des Weltfinanzsystems / der Weltökonomie zu identifizieren und „Gewinner“ als „Abzocker“ darzustellen. Es wird hier auch in keinsten Weise die Behauptung „machiavellischer“ Handlungen

unterstellt – ganz im Gegenteil. Es geht um die Verdeutlichung „systemischer Probleme“, die ihre Ursache in ungenügenden Regulierungen auf globaler Ebene und in Disharmonien nationaler Regelsetzungen haben. Die Akteure sind derzeit häufig „dazu verleitet oder sogar gezwungen“, das Falsche zu tun, weil das Richtige nicht über Gesetze eingefordert, sondern ganz im Gegenteil – in dem System – bestraft wird.

Um dies deutlich zu machen, werden problematische Wirkungsketten analysiert. Weiter wird aufgezeigt, mit welchen Lösungsansätzen zielführendes politisches Handeln möglich werden kann, um mittelfristig in den Zustand einer „balancierten Welt“ zu kommen. Wenn dieser Weg nicht beschränkt wird, steigt die Wahrscheinlichkeit für die Verfestigung einer immer weiter auseinander driftenden „Zwei-Klassen-Welt“, die – weil sie kaum friedensfähig ist – aber auch im Kollaps enden kann. Außerdem zeigt der Text auf, wer gemäß den gegebenen systemischen Wirkungsmustern die Gewinner und wer die Verlierer der Weltfinanzmarktkrise sind bzw. sein werden.

Allein bei den US-Pensionsfonds und Rentenkassen erfolgten in den letzten Monaten der aktuellen Weltfinanzmarkt-Krise bislang ca. 2 Billionen \$ an Wertberichtigungen. Die Abschreibungsbedarfe bei den Sondervermögen (Eigentumsansprüche Dritter unter Verwaltung von Finanzinstitutionen) sind insgesamt weltweit mindestens auf das 5 bis 10fache davon zu schätzen. Da sind die 1,4 Billionen \$, die im Bankenbereich laut IWF insgesamt zu erwarten sind, doch fast so etwas wie "Peanuts". Auf der anderen Seite muss es Gewinner in dieser Größenordnung geben. Wer ist das? Die Profiteure sind diejenigen, die rechtzeitig ihre „verbrieften Geldansprüche“ gegen Zentralbankengeld oder Sachvermögen getauscht haben.

Wenn hoch verschuldete Unternehmen zahlungsunfähig werden und verschwinden, dann verschwinden mit ihnen auch die Verbindlichkeiten. D.h. wenn die Eigentümer rechtzeitig die „Werte“ aus einem Unternehmen „sichern“, dann „verlieren“ sie nur die Schulden. Man kennt diese Strategie von den „Heuschrecken“. Ein Wertverlust bei Renten- und Pensionskassen hingegen trifft direkt die zukünftige Kaufkraft derer, die die entsprechenden Policen besitzen.

Warum musste es zu dieser Situation kommen? Der Hauptgrund ist die weltweite Verschuldung – auch der BRD – die man als das Problem hinter den aktuellen Problemen bezeichnen kann. Die HypoRealEstate (HRE) musste gerettet werden, um die Zahlungsunfähigkeit weiterer großer Finanzinstitute zu verhindern und Auswirkungen auf den Staat gering zu halten.

## Exkurs:

*Die HypoRealEstate (HRE) besitzt mit ihrer Tochter, der ehemaligen Deutschen Pfandbriefanstalt (DePfa), einen so genannten Staatsfinanzierer, der pikanterweise seinen Sitz in Dublin (Irland) hat. Was macht dieser Staatsfinanzierer? Er gewährt den öffentlichen Händen Kredite, da sich viele Staaten nicht bei den Zentralbanken verschulden dürfen, und finanziert diese über die Herausgabe von Pfandbriefen. Ein Staatsfinanzierer sorgt also für die dringend benötigte Liquidität der öffentlichen Hände und betreibt dabei noch ein „Nebengeschäft“. Er vergibt Kredite an andere Staaten, die nicht ein so gutes Ansehen haben wie beispielsweise Deutschland. Auch solche Kredite kann man „aufhübschen“, so wie Hypothekendarlehen. Wie geht das? Nun, in den Pfandbriefen wird – so wie wir das von der Subprime Krise kennen – eine ganze Menge von Krediten gebündelt und neu verpackt. Diese neu verpackten Pfandbriefe werden dann teilweise auch noch rückversichert, so dass diese Papiere die bestmöglichen Bewertungen haben, sie sind „rückversicherte Wertpapiere“ höchster Bonität. Dadurch kann eine Bank zum Kauf solcher verbrieften Geldansprüche annähernd das 200-fache des eigenen Eigenkapitals an Giralgeld aus dem Nichts generieren. Dieses Geld bekommen die Kredit suchenden Kunden der DePfa. Die Pfandbriefe werden dann sogar noch von der Bundesbank akzeptiert, die Banken können sich im Tausch jederzeit Geld von der Zentralbank dafür leihen.*

*Kommt es nun bspw. zu einer Abwertung der Pfandbriefe (oder der DePfa bzw. dem Zwischenfinanzierer HypoRealEstate), z. B. weil der Rückversicherer unter Druck gerät, müssen die Banken, die die Pfandbriefe halten, gleich das Doppelte oder Dreifache an Eigenkapital nachweisen oder sie müssen ein entsprechendes Volumen ihrer Pfandbriefe verkaufen. Nun ist in der derzeitigen Lage der Weltfinanzkrise der Markt ausgetrocknet, es gibt weder Käufer für solche Volumen von Pfandbriefen, noch gibt es entsprechend Eigenkapital.*

*Und die Schuldverschreibungen des Staates, die Tag für Tag hinzukommen, können nicht mehr vom Staatsfinanzierer übernommen werden. Dem Staat droht der Konkurs wegen Zahlungsausfall, wenn er keine anderen Käufer, Kredit gebenden Banken oder öffentliche Sparkassen findet, die noch genügend Eigenkapital haben.*

*Wenn also die Bundesrepublik allein an dieser Stelle Risiken von fast 27 Mrd. übernimmt, geht sie die Rolle des Rückversicherers (insbesondere der eigenen Entleihungen) ein und hält damit über die eigene Intervention die Bewertung der Pfandbriefe aufrecht, um nicht selber an den Rand der Zahlungsunfähigkeit zu geraten.*

Die öffentliche Hand braucht - gerade bei dem inzwischen sehr hohen Schuldenstand von (weltweit) ca. 40 Billionen \$ - günstige Kredite, d.h. die Zinsen müssen niedrig sein. Das ist für die Banken nur dann interessant, wenn sie darüber Zusatzgeschäfte generieren können, denn auf weltweiter Ebene sind die Renditeansprüche gestiegen. Durch solche Zusatzgeschäfte, bei denen riskante Kredite mit öffentlichen Krediten gepaart werden, entstehen neue verbrieft Geldansprüche. Heute gibt es eine Geldblase mit mehr als 50-mal so viel verbrieften Geldansprüchen wie Zentralbankengeld. Neue Kredite können dabei nicht mit gespartem Geld bedient werden, weil die Sparquote dafür schon lange nicht mehr ausreicht. Die Banken müssen deshalb neues Geld schöpfen, um die neu aufgenommenen Kredite bedienen zu können – die Blase wächst weiter. George Soros spricht in diesem Zusammenhang von der „Super-Bubble“. Dass irgendwann einmal keiner mehr diese Geldversprechen als Eigentum halten will, ist offensichtlich. Die Subprime Krise war hierzu lediglich der Auslöser.

Wenn jetzt nicht eine Erhöhung der Einnahmen der öffentlichen Hände gelingt, kommt es entweder zu einer Brasilianisierung der Welt oder letztlich zum wirklichen Kollaps. Aktuell werden nur die Realwerte umverteilt: Von einem „Staats-Weltfinanzmarkt-Segment“, bei dem sich die Bürgerinnen und Bürger selbst ihre Schulden garantieren (die öffentliche Hand bürgt für alle Einlagen), zu einem „Gewinner-Segment“ der Wohlhabenden und ausgewählter „Kapital-Sammelstellen“, die „nach dem Spiel“ alle attraktiven Sachvermögen bei sich halten (das sind im „Spiel der Spiele“ die „Pfänder“, die von den Verlierern an die Gewinner abgegeben werden).

Wie kann man die größten „Spieler“ identifizieren? Sie finden sich unter denen, die bei den „Security Settlement Systemen“ den größten Einfluss haben (insb. bei DTCC/EuroCCP, Euroclear und der kleineren Clearstream, die der Deutschen Börse (71% im Besitz „Institutioneller“ aus USA und GB) gehört. Zusammen haben diese Handelsabwicklungsplattformen mittlerweile weltweit eine marktbeherrschende Stellung! (Buchtip: „Invasion der Heuschrecken“ von Werner G. Seifert)

Wie hängt nun die Krise mit der zunehmenden Ballung von verwaltetem Vermögen bei nur wenigen „Superakteuren“ zusammen? Wenn z.B. 10 große „Spieler“ wie Staatsfonds und große Vermögensverwalter (z.B. State Street Global, BNY Mellon, The Vanguard Group, Barclays, ADIA, GIC/TEMASEK, CIC etc) über geschätzte 40 Billionen Dollar verwalteter „Assets“ (insb. verbrieft Geldansprüche) verfügen und nur 10% davon „abziehen“, d.h. „Kredit-Geld“ bei Fälligkeit nicht mehr „verlängern“ und den zurückgezahlten Geldbetrag als Zentralbankgeld-Liquidität bei ausgewählten Banken „parken“, ist eine Situation wie die jetzige da (denn es gibt weltweit nur ca. 4 Billionen \$ Zentralbankengeld).

Viele große Banken und Investmenthäuser haben dann Liquiditätsprobleme, weil die „Hintergrundakteure“ ihre bislang gehaltenen „verbrieften Geldansprüche“, also bislang von ihnen gehaltene Wertpapiere gegen Liquidität abgestoßen haben. Die Folge ist: Es gibt z. Z. fast keine Liquidität (i.S. von Zentralbankengeld) im „normalen“ Geldmarkt, obwohl die Liquidität – als Kassenhaltung – noch im Weltfinanzsystem ist. Es gibt auch keine Interbank-Kredite mehr (da man ja nicht weiß, wer alles „Verlierer“ sein wird). Daher sind die Banken, um Liquidität zu bekommen, zunehmend gezwungen, ihr Vermögen zu verkaufen (dies führt zu einem Verfall der Preise, denn einem zunehmend größeren Angebot, so genannte „fire-sales“, steht wenig/keine Liquidität=Kaufkraft gegenüber). Diejenigen mit viel Liquidität warten auf die besten Filet-Stücke und greifen dann (zu niedrigen Preisen) zu. Dabei sind monopolartige Strukturen im Finanzsegment besonders attraktiv.

Aktuelles Beispiel: Santander übernimmt für 1,4 Mrd. € die Sovereign Bancorp, die über 79 Mrd \$ Vermögenswerte verfügt. Wem gehört die Santander? Ca. 65% halten „Institutionelle Anleger“ wie State Street und andere, teilweise „versteckt“ über sog. „Nominees“. Und „Heuschrecken-Strategien“ sind ja bestens bekannt: Heraustrennen der „interessanten“ Vermögenswerte und „Auffüllen“ mit Fremdkapital.

Was ist das Resultat?

1. Die Realvermögen (die in der Krise weit unter Preis erworben werden) landen im Besitz weniger großer Institutioneller Anleger. Wer wird das sein? Welche verwalteten „Sondervermögen“ werden dann aus Realwerten bestehen? Und welche halten nichts als „Geldversprechen“, d.h. „verbriefte Sicherheiten“, die nichts anderes sind als ungedeckte Schuldverschreibungen?
2. Dieser „Rest“, d.h. die ungedeckten Schuldverschreibungen und Risiken verbleiben „als Wertunterlegung“ der Einlagen der privaten Haushalte in den „verstaatlichten“ Banken und werden von den öffentlichen Händen „garantiert“. Damit steigt der Staat – zumindest in Teilen – als Eigentümer ein und übernimmt so auch noch einen Teil des Verlustrisikos. Das ist die finale Verstaatlichung der Verluste! Zudem halten auch noch viele Versicherungen und Pensionskassen nur noch Geldansprüche in ihrem Besitz.
3. Wenn es in der Folge nicht gelingt, die derzeit (über die Zentralbanken) in den Markt gepumpte Zusatzliquidität „am Ende des Spiels“, d.h. wenn die attraktiven Realvermögen umverteilt sind, sofort wieder „einzuziehen“, kommt es unweigerlich zur Inflation. Dann verlieren die „Geldansprüche“ an Wert (die Kaufkraft des Geldes nimmt ab) und die Realvermögens-Erträge steigen (denn die Waren- und Dienstleistungspreise steigen). Aber selbst ohne Inflation sind Realwerte im Bereich knapper Ressourcen im (Ertrags-)Wert steigend. Es kommt dabei nicht mehr auf den (nominalen), d.h. den am Markt prinzipiell erzielbaren Preis der Realwerte an, denn deren Eigentümer wollen ja gar nicht mehr verkaufen – wozu denn auch? Was soll man mit zunehmend wertloserem Geld machen? Das ist dann als „heiße Kartoffel“ besser bei „den anderen“. Die Vermögen der „Verlierer“ bestehen dann also aus in der Kaufkraft „abgestürztem“ Geld. Das Vermögen der „Gewinner“ dagegen sind die attraktiven Realwerte; attraktiv deshalb, weil sie „Real-Renditen“ zu erwirtschaften erlauben, d.h. Einkünfte werden dabei über Preise erzielt, die der Inflation angepasst werden. Der Cash-Flow dieser Vermögen ist ein Real-Cash-Flow, der die Inflation berücksichtigt.



4. Wenn sich dann noch die Renditen der zehn größten Spieler legal einer angemessenen Besteuerung entziehen, wie das schon lange der Fall ist, ergibt das aktuell folgende Rechnung: Bei ca. 40 Billionen verwalteter „Assets“ und einer angenommenen Durchschnittsrendite von 5% kommt man auf einen Jahresertrag von ca. 2 Billionen \$.
- Eine hypothetische Steuer von 20 %, die gegenwärtig nicht gezahlt wird, wäre 400 Milliarden \$. Der Anteil Deutschlands an der Weltökonomie lag 2007 bei etwa 16,5 %.
- Die entgangene Steuer für Deutschland läge damit bei fast 25 Milliarden \$ (17,5 Mrd. €), das ist etwas mehr als die Neuverschuldung von Bund, Ländern und Kommunen in diesem Jahr. Sollte dies etwa miteinander zusammenhängen?

## Wieso „Reise nach Jerusalem“ als bildhafte Metapher?

Im Weltfinanzsystem gibt es im Wesentlichen zwei Typen von Finanzvermögen. Das eine ist reales Geld (von den Zentralbanken), das andere sind „verbriefte Geldansprüche“ (die Schuldner sind Finanzinstitute, andere Unternehmen, Staaten oder Privatleute). Das Verhältnis beträgt etwa 1:53,5 (oder 2:107), d. h., dass es sehr viel mehr verbrieft Ansprüche als reales Zentralbanken-Geld gibt, welches letztlich das einzige gesetzliche Zahlungsmittel - auch für die Banken untereinander - ist. Wenn die Inhaber dieser „Schuldscheine“ bei Fälligkeit auf einer Auszahlung von Geld bestehen und so „in Liquidität“ gehen, dann kann das bei diesem Missverhältnis einfach nicht mehr funktionieren, wenn diese Liquidität nur bei wenigen Banken „geparkt“ ist und Banken untereinander auch nicht mehr „anschreiben“ (d. h. Interbank-Kredite gewähren). Die Liquidität ist bei diesem „Spiel“ aber nicht weg, sie ist eben nur „woanders“ und „lauert“ dort auf ein lukratives Investment.

Diese Situation kann mit dem Spiel „Reise nach Jerusalem“ verglichen werden, das von 100 Spielern und 7 Gorillas (= Institutionelle Investoren wie State Street Global, BNY Mellon, The Vanguard Group, Barclays, Fidelity, ADIA, GIC/TEMASEK, CIC etc.) ausgeführt wird, die alle um gerade einmal 2 Stühle laufen. Solange die Musik spielt, alle also die verbrieften Geldansprüche akzeptieren, ist alles noch ganz lustig. Sobald die Musik aufhört, gibt es ein böses Erwachen! Hinter den Stühlen verbergen sich aber nicht nur die Zentralbankgelder, sondern alternativ auch die „realen Sachwerte“, um die die Auseinandersetzung inzwischen begonnen hat. Dieser Wettlauf findet aktuell schon statt – auf dem globalen Weltmarkt innerhalb des ungeregelten Weltfinanzsystems.

Gerade eine Situation „hoher“ Liquidität bei wenigen und Liquiditätsengpässen bei den anderen sind „optimal“ für eine Realvermögens-Umverteilung „unter Preis“. Um einen Konkurs wegen Zahlungsunfähigkeit zu vermeiden (Spieler, die keinen „Stuhl“ ergatterten konnten), müssen von diesen „normalen“ Mitspielern Sachwerte an die Gorillas, die liquiden Institutionellen Anleger, veräußert werden (der Verlierer muss ein „Pfand“ abgeben).

Eine Analogie findet sich hierzu bei den Privatisierungen, gewissermaßen einer versteckten Staatsverschuldung, bzw. der Verlagerung umlagefinanzierter Gemeinwesenteile zu einer kapitalbasierten Bereitstellung.

Am Beispiel der „Reise nach Jerusalem“ wird deutlich, welche Gefahr davon ausgehen kann, wenn mehr als 50-mal so viele verbrieft Geldansprüche wie Zentralbankengeld existieren. Die Wahrscheinlichkeit für das Platzen der riesigen Geldblase wird immer größer. Der Prozess hat mit der HRE bereits einen ersten Höhepunkt erreicht, die erste kleine Blase ist schon geplatzt. Neue Kredite können nicht mehr in dem gesamten, für die globale Ökonomie auch notwendigen Volumen mit gespartem Geld bedient werden, weil die Sparquote dafür schon lange nicht mehr ausreicht. Den Banken fällt die Aufgabe zu, „Geld zu schöpfen“, um die aufgenommenen Kredite damit bedienen zu können – die Blase wächst also derzeit unaufhörlich weiter – sogar mit doppelter Geschwindigkeit! So kommt es zur „Super-Bubble“. Gerade aber auch eine in zunehmendem und immer größerem Maße kapitalbasierte Sozialabsicherung erzwingt bei gleichzeitigem demografischem Wandel des heutigen Typs in den „reichen“ Staaten geradezu dieses Wachstum (denn Finanz-Kapital des einen ist immer auch die Schuld eines anderen). Konsequenterweise wird der Anteil der Rendite auf Finanz- und Sachvermögen in Relation zum Gesamteinkommen (BIP) immer größer. Denn ein, dem entgegenwirkendes, noch viel schnelleres Wachstum des BIP als bisher haben wir weder in den letzten 40 Jahren realisiert, noch können wir das notwendige Wachstum erreichen: aus Ressourcengründen / Ressourceneffizienz und unter den geltenden Regeln der globalisierten Ökonomie und den fehlenden Grundvoraussetzungen für die Mehrzahl der Menschen auf diesem Globus.

Dass irgendwann einmal keiner mehr die somit immer „leerer“ werdenden Geldversprechen als Eigentum halten will, ist offensichtlich. Die Subprime Krise war hierzu lediglich der Auslöser. Gerade die großen Institutionellen Anleger gehen „in Liquidität“ oder „sichere Anlagen“ und bewirken so die „plötzlichen“ Liquiditätseingänge bei vielen Finanzinstituten (aber nicht bei allen, denn die Liquidität verschwindet nicht, sie ist nur „woanders“).

Was kann nun passieren, wenn die öffentliche Hand „stützend“ eingreift, wie dies jetzt alle Regierungen machen wollen, d.h. gerade „schlechte Papiere“ (also illiquid gewordene Schuldverschreibungen) aufgekauft oder garantiert werden? Schlechte Schuldverschreibungen (die als Aktiva gehalten werden) erfordern eine Hinterlegung von viel Eigenkapital (auf der Passivseite der Bilanz). D. h. das eigene Potential zur „Geldschöpfung = Kreditvergabe = verbrieft Kredite“ wird geringer, das Volumen der Aktivseite ist somit begrenzt. Ersetzt man „schlechte“ Aktiva durch „gute“, dann ist bei gleich bleibendem Eigenkapital das Geldschöpfungspotenzial erhöht. Das bedeutet also, mit diesem „neuen Geld“ kann man „auf Einkaufstour“ gehen. Man kauft die momentan teils extrem billig zu habenden interessanten „realen Vermögenswerte“ im Tausch gegen eine Art von „neuem Geld“ (indem man der verkaufenden Seite bei sich eine Einlagengutschrift (=Bankschuldverschreibung) gibt). Hier bleiben die „Gorillas“ solange als Eigentümer „im Hintergrund“ dabei, wie etwas zu holen ist. Dann ziehen sie sich mit den Realwerten zurück. Wenn dann später die Inflation kommt (weil es mehr und mehr Geld/Geldansprüche gibt), steigen die Bewertungen für das Realvermögen und die darüber zu erzielenden Erträge ebenfalls.

D. h. zunächst geht die „Reise nach Jerusalem“ noch ein bisschen weiter, weil die Musik wieder spielt. Da aber die öffentliche Hand nun noch mehr Schulden aufnimmt, kommt definitiv das Spielende – wegen der Konkursgefahr für die Staaten – näher.

Wer diese Zusammenhänge versteht, der begreift, dass die politischen Versprechen hinsichtlich einer Überwindung der Krise durch die bislang vorliegenden Vorschläge und Maßnahmen bei nüchterner Betrachtung nur eine geringe Erfolgswahrscheinlichkeit haben. Was folgt, ist entweder eine Brasilianisierung der Welt (eine „erfolgreiche“ Umschichtung der attraktiven Realwerte zu wenigen „Gewinnern“ und eine anschließende Inflation durch eine Erhöhung der Gesamtliquidität), möglicherweise aber auch ein Kollaps mit einer Öko-Diktatur, so dass perspektivisch im Jahr 2050 dann einer Milliarde Menschen mit Rechten neun Milliarden ohne Rechte gegenüberstehen. Doch auch innerhalb dieser kleineren Gruppe wird die Konkurrenz dann weiter zunehmen ...

Die öffentlichen Hand ist aktuell gezwungen, Geld in den Finanzsektor zu stecken, weil das System in einer Krise steckt, einer Krise die es auch deshalb in dieser Form gibt, weil die Großbanken, Hedge-Fonds und andere Akteure im „Weltfinanz-Casino“ (teils als „vorgeschobene Vehikel“ der Institutionellen Anleger) zu viele Spekulationen betreiben bzw. betrieben haben. Es ist gerade auch deshalb zu fordern, dass insbesondere die bislang größten Profiteure der unregulierten Finanzmärkte an der Finanzierung der öffentlichen Interventionen beteiligt werden, um dem System die dringend erforderliche Stabilität zurück zu geben.

Zur Lösung des Dilemmas muss die Politik also das wirkliche Problem angehen. Sie muss auf weltweiter Ebene die Einnahmen der öffentlichen Hände dringend erhöhen und die Weichen für eine mittelfristige Lösung des Problems der fairen Partizipation an Wertschöpfung und Wohlstand stellen. Wir brauchen dringend Rahmenbedingungen, die sowohl eine regulierende Wirkung erzielen als auch substantielle Verbesserungen hinsichtlich der Harmonisierung von Steuerbemessungsgrundlagen, sowie Beiträge zur Finanzierung der öffentlichen Hände - weltweit - bringen.

Gerade die aktuelle Krise eröffnet dazu eine vielleicht einmalige Chance. So wichtig auch die bislang politisch eingeschlagenen Schritte sein mögen, hilfreich wäre zusätzlich eine möglichst international zwischen den Staaten abgestimmte Abgabe auf Kreditgeld – eine Mehrgeldsteuer (englisch: leverage money tax) zur Finanzierung der staatlichen Interventionen als ein erster, auf das Gesamtproblem abzielender, ergänzender Schritt.

Diese Abgabe würde a) eine wirksame Eingriffsmöglichkeit sein, das eine, oben beschriebene, zentrale Problem der aktuellen Finanzmarktkrise in Angriff zu nehmen, nämlich die übergroße „Geldblase“ in Form „verbriefter Geldansprüche“ in Relation zum Zentralbankengeld (als liquidity of last resort) zu begrenzen. Eine solche Mehrgeldsteuer könnte in ihrer Höhe auch von der Inflation abhängig gemacht werden und so die Kreditgeldschöpfung verteuern, also begrenzend wirken. Zudem würde sie b) noch nach dem Prinzip der Steuergerechtigkeit und Fairness über die Festlegung der Abgabenhöhe entsprechend der ökonomischen Leistungsfähigkeit des Emittenten (gemäß Rating) gestaltbar sein, wobei ein besseres Rating zu höherer Steuerpflicht führen sollte.

Wenn die Höhe in der beschriebenen Weise vom Rating der „Geldschöpfer“ abhängig gemacht wird, würden besonders auch die Exzesse der gehebelten Spekulationen, die letztendlich auch aktuell für die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit der öffentlichen Hände mit verantwortlich sind, eingedämmt werden. Denn für gehebelte Käufe würde sich die Aufnahme von Krediten verteuern, so dass sich weniger „gehebelte Investments“ rechnen würden.

Zur Stabilisierung in der aktuellen Krise könnte die Mehrgeldsteuer „rückwirkend“ erhoben werden, wozu im Gegenzug eine Gewährleistung der „Papiere“, ggf. auch eine Inflationsabsicherung durch die öffentliche Hand sichergestellt werden könnte. Für das dabei übernommenen „Restrisiko“ (über die gesetzliche Eigenkapitalhaftung gemäß Basel II hinaus) wären geeignete Sachvermögenskomponenten zu einem „fairen Preis“ zu hinterlegen, gerade auch um den derzeitigen „Ausverkauf“ von Sachvermögen entgegen zu wirken. Die so verfügbar werdende Liquidität müsste allerdings bis zum Erreichen der Stabilität unter Aufsicht gestellt sein, um eine weitergehenden spekulativen Nutzung einzudämmen.

Wenn heute allerdings die notwendigen Vorkehrungen nicht getroffen werden, dann droht eine weitere Zuspitzung, die sich am Treffendsten als gigantische Umverteilung von Vermögenswerten umschreiben lässt. Die Gorillas setzen sich!

Ob sich die Politik dieser Aufgabe stellen wird?

## Was sagt der deutsche Finanzminister Steinbrück?

*„Wenn es auf den Weltfinanzmärkten brennt, dann muss gelöscht werden. Auch wenn es sich um Brandstiftung handelt. Danach müssen die Brandstifter allerdings anschließend gehindert werden, so was wieder zu machen. Die Brandbeschleuniger müssen verboten werden und es muss für einen besseren Brandschutz gesorgt werden.“*

So richtig und wichtig diese Aspekte auch sind; das ist definitiv nicht genug!

Man muss auch genau hinschauen, warum der Finanzmarkt austrocknet! Es reicht doch auch nicht aus, einen zunehmend immer trockener werdenden Wald zu schützen, indem man versucht, die Brandstifter davon fern zu halten. Wenn man schon die prinzipielle Möglichkeit zur Bewässerung hat (Steuern und Abgaben), müssen die Bäume (Gemeinwesen und Infrastruktur) regelmäßig mit Wasser versorgt werden. Wir brauchen also heute und zukünftig MEHR Staatseinnahmen (die zunächst ausschließlich zum Abbau von Schulden zu nutzen sind). Diese müssten in einer fairen Weise erbracht werden, weil bisher gerade die ökonomisch leistungsfähigsten Akteure sich teils legal, teils gesetzeswidrig, ihrer „Beitragszahlungen“ teilweise entziehen. Nur so können wir die notwendige Basis für Wertschöpfung und Wohlstand, Bildung, Gesundheit, Sozialsysteme, Infrastrukturen für Kommunikation, Kooperation und Koordination etc. – also im Bild die Bäume – finanzieren. Das „MEHR“ bedeutet dabei aber nur, dass auch die bislang größten Profiteure des globalen Marktes – und einige davon haben sich als Brandstifter betätigt – wieder ihren Beitrag – dem Prinzip der ökonomischen Leistungsfähigkeit folgend – leisten. Dann kann der Mittelstand sogar entlastet werden – das ist gerade für Deutschland wichtig, einem Land, das vielen mittelständischen und eigentümergeführten Unternehmen seinen Wohlstand verdankt.

Und Abholzen von Bäumen (Reduktion der Staatsausgaben über „Sozial-Dumping“ und Privatisierungen) kann doch auch nicht das sein, was wir wollen. Denn am Ende hätten wir dann eine Wüste (auf ein Minimum reduzierte Sozialsysteme, Bildungssysteme etc. für die Verlierer und damit den größten Teil der Bevölkerung) mit nur wenigen Oasen (die privatisierten Dienste für die Gewinner). Dann hätte man das „Problem“ von dem der deutsche Bundesfinanzminister Peer Steinbrück spricht zwar „gelöst“, denn a) in der Wüste könnte nichts mehr brennen, weil dort nichts mehr da wäre und b) in der Oase wären die Bäume natürlich „voll im Saft“ und würden nicht so schnell brennen, weil es in den Oasen (aber auch nur da) Wasser zum Gießen und Löschen gäbe.

Das Problem hinter den Problemen, die WELTWEITE Verschuldung der öffentlichen Hände müssen die Staatenlenker dringend in Angriff nehmen und in den Griff bekommen. Und mittelfristig muss auch ein Ausgleich der Sozialsysteme/Gemeinwesen stattfinden, d.h insgesamt muss das Problem einer fairen Partizipation an Wertschöpfung und Wohlstand gelöst werden.

Die derzeitige Umverteilung, die gerade in der jetzigen Krise enorm ist, muss gestoppt werden. Sonst besteht die große Gefahr, dass auch Deutschland mit den vielleicht zukünftig besten Feuerwehren und Feuerwarnsystemen „verwüstet“. Wo werden dann die Oasen sein?

Wann soll man denn, wenn nicht jetzt in dieser „nah-chaotischen“ Situation die Weichen in die richtige Richtung stellen? Das jetzige Notpaket muss als Erstes ergänzt werden um eine international abzustimmende Abgabe auf alle Finanzmarktprodukte, denn gerade auch diese Produkte haben uns den aktuellen Schlamassel eingebrockt. Jetzt sollen sich auch die, die als „systemisch getriebene“, aber letztlich als dieses unfaire Spiel „duldende“ Profiteure zumindest eine Mitverantwortung tragen, da sie ja damit allerbestens gelebt und sich auf Kosten der breiten Gesellschaft bereichert haben, an den „Löscharbeiten“ beteiligen und auch langfristig mit in die Verantwortung gezogen und damit auch finanziell beteiligt werden, damit wir überall saftige Wiesen und Wälder haben, die man nicht mehr so leicht in Brand stecken kann.

Diese Strategie kann in drei Stufen umgesetzt werden:

1. Die deutsche Politik muss ihren aktuellen Notplan ergänzen und die neue Abgabe als Forderung auf Euro-/EU-Ebene fixieren.
2. Der verabredete Europäische Rettungsschirm ist um die Abgabe zu ergänzen und die neue Abgabe ist als Forderung im Rahmen des geplanten „Bretton Woods II“ zu fixieren.
3. Im Rahmen von „Bretton Woods II“ ist eine internationale Absprache über die neue Abgabe kurzfristig zu verhandeln und umzusetzen.

Hier also mein Resümee:

Die Relation von Zentralbankgeld zu allen Krediten, das sind letztlich Versprechen auf die Zahlung von Zentralbankgeld (wir nennen diese „Geldversprechen“ Schwellgeld), ist 1:53,5. Wenn nun alle statt diesem Schwellgeld Zentralbankgeld haben wollen, können Sie sich ausmalen, was dann passiert. Zur Veranschaulichung verweise ich auf das Bild von dem Kinderspiel die „Reise nach Jerusalem“. In ganzen Zahlen lautet die Relation um im Bild zu bleiben: 2 Stühle für 100 Kinder und 7 Gorillas. Da ist klar, wer die Stühle, also dieses knappe Zentralbankengeld, bekommt.

Wir müssen diese Verschuldung langsam runterfahren und gleichzeitig die Wertschöpfung steigern, die die Welt leisten kann. Dazu müssen die Sozial- und Umweltstandards weltweit verbindlich gemacht werden. Also verkürzt: Alternative Energie u.a. und Bildung für alle u.a. müsste global implementiert werden. Dafür muss auf G 20 – Ebene ein globaler Deal vereinbart werden: Ko-Finanzierung gegen Akzeptanz dieser Standards. Wenn diese Standards implementiert werden, bringt uns das das Wachstum, das wir brauchen.

Zur Finanzierung muss man eine Steuer erheben auf die Erst-Emission von Schwellgeld, d.h. auch bei der Finanztransaktionssteuer muss unbedingt die Erst-Emission einer Steuer unterliegen. Wenn wir 1 Prozent Steuern erheben würden, das war ursprünglich die Börsensteuer, würde das global ein Volumen von 1000 bis 2000 Milliarden Euro pro Jahr erbringen. Damit könnten wir das Geldsystem abstützen und den globalen Deal „Ko-Finanzierung für die Implementierung der Umwelt- und Sozialstandards“ in Gang setzen.

# Die Finanzmarktkrise und ihre Auswirkungen auf die demokratische Gestaltung der Gesellschaft

Dr.-Ing. Silke Ötsch  
Mitglied der Attac-Arbeitsgruppe „Finanzmärkte und Internationale Steuern“



Erst letzte Woche veröffentlichte eine Gruppe EU-Parlamentarier einen überparteilichen Aufruf, in dem sie die Schaffung einer Gegenlobby der Zivilgesellschaft zur Finanzindustrie forderte. Das Ungleichgewicht der Akteure sei "eine Gefahr für die Demokratie, denn es findet in einem Kontext statt, in dem die politische und Finanzelite sich sehr nahe stehen" (Finance Watch 2010).

Finanzmärkte haben ein derart großes Volumen angenommen, dass Finanzkriterien und Finanzmarktakteure nennenswerten Einfluss auf die Gestaltung der Gesellschaft haben und sich der politischen Steuerung entziehen. Auf der anderen Seite macht Armut erpressbar.

Mit der Finanzkrise wurde deutlich, dass für Finanz- und Wirtschaftsakteure politisch gesetzte Rahmenbedingungen nicht gelten.

Ich nenne drei Beispiele:

1. Unter Zeitdruck oder dem Verweis auf Expertenwissen wird Mitbestimmung der politisch Verantwortlichen beschränkt, etwa beim Soffin.
2. Regulierungs- und Steueroasen schaffen ein Zweiklassenrechtssystem. Unternehmen in Regulierungssoasen können die Finanzaufsicht umgehen.
3. Marktteilnehmer gehen im Ernstfall in die Insolvenz, systemrelevante Banken nicht. Dabei ist nicht sorgfältig definiert, was "systemrelevant" bedeutet. Es wird nicht veröffentlicht, wer die Gläubiger der Banken sind, so dass schwer abgeschätzt werden kann, welche Art von Kettenreaktion eine Insolvenz auslösen würde und ob es dazu käme.

Momentan sieht es so aus, als ob die Krise von denjenigen bezahlt wird, die sie nicht verursacht haben. Politische Spielräume werden durch Sparmaßnahmen eingeschränkt. Dahingegen sind Vermögende von den Krisenfolgen kaum betroffen.

Laut Weltreichtumsbericht der BCG haben die Vermögen der HNWIs (Personen, die mehr als eine Million US-Dollar Geldvermögen haben) wieder den Stand von 2007 erreicht; die Zahl der Millionäre stieg 2009 um 14% (BCG 2010). Diese Tendenz trifft auch auf Deutschland zu. Das Geldvermögen der Deutschen ist laut Bankenverband im vergangenen Jahr um 239 Milliarden Euro gestiegen auf insgesamt 4,67 Billionen Euro (Bankenverband 2010).

Ich werde auf folgende Fragen eingehen:

1. Inwiefern geht die Expansion der Finanzmärkte mit dem Verlust an politischer Mitsprache einher?
2. Wie kommt es, dass Finanzmarktreformen mittlerweile politisch gewollt sind, aber nur unzureichend umgesetzt werden?
3. Welche Maßnahmen sind notwendig, um das Finanzsystem demokratischer zu gestalten?

## Inwiefern geht die Expansion der Finanzmärkte mit dem Verlust an politischer Mitsprache einher?

In Bezug auf Tendenzen von Demokratieverlust im Kontext der Finanzkrise unterscheide ich hier grob zwei Phasen: Die Phase vor dem Crash von Lehman Brothers und die nach dem Zusammenbruch. Diese Unterscheidung treffe ich NICHT, weil die Krise erst ab dem Zeitpunkt absehbar war (sie war es schon vorher), sondern weil nach diesem Zeitpunkt der Glaube an die lenkende Wirkung des Marktes erschüttert war.

Die Phase vor dem Crash (betrachtet ab den 70er Jahren) ist geprägt durch die zunehmende Globalisierung von Weltwirtschaft und Finanzmärkten, die nicht ausreichend durch politische Steuerungsinstrumente auf internationaler Ebene begleitet wird. Der Neoliberalismus setzt sich als Leitvorstellung durch. Finanzmärkte wurden an entscheidenden Stellen dereguliert:

- Das in der Nachkriegszeit eingeführte System von Bretton Woods, das feste Wechselkurse zwischen Währungen vorsah, wurde durch das System der flexiblen Wechselkurse ersetzt. Der Kurs der Währungen wurde damit durch Angebot und Nachfrage an den Finanzmärkten bestimmt.
- Kapitalverkehrskontrollen wurden abgeschafft.
- Staatlich organisierte Bereiche der Daseinsvorsorge wurden an die Finanzmärkte ausgelagert; etwa die Pensionssysteme.
- Bei Privatisierungsmaßnahmen (u.a. Cross Border Leasing) gab die öffentliche Hand Gestaltungsmöglichkeiten ab.
- Mit der neoliberalen Steuerpolitik, die ab den 80er-Jahren betrieben wurde, schrumpften die finanziellen Spielräume der öffentlichen Haushalte.
- Die Finanzsphäre wurde an entscheidenden Stellen dereguliert. Z.B. wurde Banken erlaubt, ihre eigenen Modelle zur Bestimmung des Risikos ihrer Geschäfte zu benutzen.
- Die politische Steuerung wurde sukzessive über Finanzoasen untergraben. Unternehmen und Privatpersonen kauften sich durch die Nutzung dieser Rechtskonstrukte von Gesetzen des eigenen Landes frei, etwa von der Verpflichtung, Steuern zu zahlen oder Regeln der Finanzaufsicht zu erfüllen (Palan u.a. 2010).



Entzogen sich die Finanzmarktakteure über Systemmechanismen des Finanzmarktkapitalismus der demokratischen Kontrolle, oder war die Entwicklung politisch gewollt?

In der betrachteten Phase gab es durchaus Schwierigkeiten durch fehlende Steuerungsmöglichkeiten auf internationaler Ebene, durch Steuer- und Regulierungsdumping und Kapitalverlagerung. Entscheidend ist aber, dass die Politik in dieser Phase häufig aus eigenem Antrieb ihre Steuerungsfähigkeit an Marktakteure abgab und die meisten PolitikerInnen nicht versuchten, den Finanzsektor zu kontrollieren.

Bei Privatisierungsmaßnahmen wurden häufig Finanzzwänge vorgeführt, die es in vielen Fällen auch gab. Entscheidend ist jedoch, dass Finanzzwänge durch politische Entscheidungen der Steuerpolitik herbeigeführt wurden und der Rückzug des Staates politisch von der Mehrheit erwünscht war. Mit dem Argument, Staaten können nicht in den Rechtsrahmen anderer Staaten eingreifen, wurde Steuer- und Regulierungsflucht jahrzehntelang geduldet.

Die Immobilienblase konnte nur so groß werden, weil Finanzunternehmen Regulierungslöcher und Bilanztrickereien benutzen und die Regulierungsbehörden wegschauten und deren VertreterInnen die Risiken ignorierten – sei es aus dem Glauben an die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte oder aus Unterwürfigkeit gegenüber dem privaten Finanzsektor. Spätestens nach der Enron-Pleite 2001 hätten die Aufsichtsbehörden und auch die für Landesbanken zuständigen PolitikerInnen besonders sorgsam mit Tochterfirmen in Finanzoasen sein müssen. Das Gegenteil war der Fall.

Deutsche Banken lagerten Geschäfte in Briefkastenfirmen aus, so dass die Risiken aus den Bilanzen verschwanden. Sie mussten somit weniger Eigenkapital halten. Die Landesbanken bekamen trotz riskanter Geschäfte ein erstklassiges Rating, weil die Länder hafteten. So übernahm beispielsweise Sachsen Garantien in der Höhe von 30 Milliarden Euro für Briefkastenfirmen in Irland, obwohl die Steuereinnahmen eines Jahres bei nur 8 Milliarden Euro lagen (Müller 2010, 43f).

Deutsche Banken beteiligten sich in großem Umfang an der Spekulation; die amerikanischen Banken waren Waisenknaben dagegen. Während amerikanische Banken ein durchschnittliches Verhältnis von Eigen- zu Fremdkapital von 1:12 aufwiesen, lag das Verhältnis der deutschen Banken bei etwa 1:52 (Müller 2010, 111). Es wird angenommen, dass deutsche Banken ein Fünftel des Weltvolumens der problematischen Wertpapieren gehalten haben (Müller 2010).

Vergleiche mit anderen Staaten wie Kanada oder Spanien zeigen, dass Banken dort besser reguliert und beaufsichtigt waren. Die Entwicklung war also keine logische Folge des Finanzmarktkapitalismus, sondern Resultat politischer Entscheidungen.

Viele PolitikerInnen glaubten scheinbar an die "unsichtbare Hand des Marktes". Auch die Aufsichtsbehörden haben versagt, obwohl sie eine Vielzahl von Informationen hatten und vor riskanten und verlustreichen Spekulationen deutscher Banken hätten warnen können. Hier gab es scheinbar Probleme bei der Interpretation und Gewichtung von Daten. Kurz: In der Phase vor dem Crash von Lehman Brothers hat die Politik Finanzmarktakteure unterstützt und den Verlust an Mitbestimmung selbst herbeigeführt, anstatt die Finanzmärkte zugunsten der Mehrheit der Bevölkerung zu zügeln.

Nach dem Crash von Lehman Brothers änderte sich die Sichtweise auf Finanzmärkte. PolitikerInnen griffen Ansätze einer keynesianischen Politik auf (ich unterstreiche Ansätze) und selbst Banken baten um den Eingriff der Politik. Der Staat sprang ein mit Steuergeldern und unter Zeitdruck wurde ein Gremium des Soffin ermächtigt, 400 Milliarden Euro Garantien und 80 Milliarden Euro für Rekapitalisierung und Risikoübernahme ohne Mitsprache und Kontrolle des Bundestages zu verwalten. Zu der Selbstentmachtung der Politik, kommt die Tatsache, dass keine Gegenfinanzierung über Steuern erfolgte. Die Stützung wurde über Verschuldung finanziert.

Rhetorisch sprechen sich nun PolitikerInnen fast aller Parteien für eine stärkere Regulierung der Finanzsphäre aus. Leider sind die Fortschritte bescheiden. So wird beispielsweise suggeriert, die Bekämpfung von Steueroasen mache große Fortschritte. Tatsächlich werden die auf der grauen und schwarzen Liste der OECD aufgeführten Staaten immer weniger. Das ist aber nur der Fall, weil die OECD ihre Kriterien geändert hat, und Steueroasen von der Liste streicht, wenn sie 12 wenig verbindliche Abkommen zum Informationsaustausch mit anderen Staaten schließen – erlaubt sind auch andere Steueroasen. Die Reform der Zinsrichtlinie stockt, durch die Kapital europaweit besteuert werden sollte (Oetsch / Di Pauli 2009).

Nach dem Kollaps 2008 bestand auch Konsens unter den G20-Staaten über notwendige Finanzmarktreformen: In Zukunft sollten Banken nicht mehr mit staatlichen Mitteln gestützt werden, das gesamte Finanzgewerbe sollte der Aufsicht unterliegen, regelfreie Zonen sollten abgeschafft werden. Alle Geldgeschäfte sollten mit Eigenkapital unterlegt und Kredithebel begrenzt werden, es sollte eine transnationale Aufsicht für transnationale Banken geben, der CDS-Markt sollte begrenzt werden, Rating-Agenturen sollten streng beaufsichtigt werden, Verbriefungen nur noch mit Selbstbehalt zugelassen werden etc. (Schumann 2010). Trotz der Einigkeit, wurde keine dieser Maßnahmen auch nur annähernd umgesetzt. Die G20 konnten sich nicht einmal auf eine Bankenabgabe - geschweige auf die Finanztransaktionssteuer – einigen. Auch eine internationale Finanzmarktaufsicht ist nicht in Sicht u.v.m., obwohl die Politik bei der Finanzmarktregulierung auf den Rückhalt des größten Teils der Bevölkerung setzen kann.

## Wie kommt es das Finanzmarktreformen politischen gewollt sind, aber nur unzureichend umgesetzt werden?

Meiner Ansicht nach gibt es drei zentrale Problemfelder.

*Problemfeld 1) Die Krise wurde nicht ausreichend aufgearbeitet und verstanden.*

Die Krisenbewältigung in Deutschland hat sich größtenteils auf den HRE-Untersuchungsausschuss beschränkt. Viele PolitikerInnen, FunktionsträgerInnen und WissenschaftlerInnen haben sich jahrzehntelang in Finanz- und Wirtschaftsfragen einseitig orientiert, so dass es schwierig ist, schnell umzudenken und das notwendige Know-How aufzubauen.

Die derzeit diskutierten Reformvorschläge beziehen sich auf Teilbereiche der Finanzmarktregulierung. Themen wie Verteilungsfragen waren bis vor kurzem tabuisiert. Dabei ist es sicherlich kein Zufall, dass die ungleiche Verteilung von Einkommen im Jahr 1929 ähnlich extrem war wie vor dem Crash 2008 und dass die Krise in beiden Fällen durch Immobilienspekulation ausgelöst wurde (Otte 2008).

Ausgeklammert wird außerdem die Frage der globalen Ungleichgewichte. Deutschland trägt auch eine Mitschuld an der Krise, weil andere Staaten überdurchschnittlich viele deutsche Exportgüter aufnehmen und sich dafür verschulden. Deutschland erreicht das durch Lohnzurückhaltung auf Kosten der eigenen ArbeitnehmerInnen.

Kaum thematisiert wird außerdem die besorgniserregende Lage des deutschen und des europäischen Bankensektors.

*Problemfeld 2) Die Abhängigkeit von Finanzakteuren*

Selbst wenn viele PolitikerInnen die Fehler der Vergangenheit erkannt haben, ist es nun schwierig, gegenzusteuern. Finanzakteure haben durch ihre Größe und Relevanz ein zunehmendes Erpressungspotential. Banken weisen auf ihre Systemrelevanz hin und kassieren Steuergelder. Sie drohen, dass sie bei höheren Eigenkapitalanforderungen keine Staatsanleihen mehr kaufen. Wirtschaftsakteure werden zudem häufig durch ein Rechtssystem gestützt, das dem allgemeinen Gerechtigkeitsempfinden widerspricht, aber nicht ad hoc geändert werden kann (Beispiel Boni-Zahlungen).

*Problemfeld 3) Demokratieverlust durch Lobbys und Expertokratie*

Obwohl Lobbys und ExpertInnen im Vorfeld der Krise versagt haben, beeinflussen sie jetzt die Finanzmarktreform zu ihrem Gunsten. Ein Forschungsteam, das die Bankenrettung in Großbritannien untersuchte kam zu dem Schluss, dass Kommissionen zur Finanzmarktreform in den 30er und späten 50er Jahren weniger einseitig besetzt waren als heute. Die nach dem Crash der Immobilienblase zusammengerufenen Gremien waren zum größten Teil mit Personen besetzt, die in der Finanzbranche tätig sind oder waren. Dahingegen bestanden die Kommissionen früherer Jahre größtenteils aus unabhängigen Einzelpersonen wie WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen, GewerkschaftsvertreterInnen und Werk tätigen und nur zu einem kleinen Teil aus VertreterInnen der Finanzwirtschaft. Die Berichte waren weniger kongruent, aber sie lagen in ihrer Einschätzung aus historischer Perspektive betrachtet insgesamt weniger falsch.

Nach der jüngsten Krise sei die "Finanzelite" hingegen ein Bündnis mit der politischen "Elite" eingegangen (CRESC 2009). In einem Papier zu Finanzmarktreformen in Großbritannien mit dem vielsagenden Titel "Wasting a Crisis", beklagen die WissenschaftlerInnen, dass durch die überproportionale Beteiligung von ExpertInnen aus der Finanzindustrie das alte System reimplantiert werde, ohne dass aus der Krise gelernt wurde. Über Expertokratie auf der einen Seite und fehlendes Know-How auf der anderen Seite werde Politik quasi unterdrückt (Froud u.a. 2010).

Diese Entwicklung scheint kein Einzelfall zu sein. Der maßgebliche Leitungsausschuss des Soffin ist mehrheitlich mit Bankenvertretern besetzt (Fisahn 2010). Parlamentarier dürfen nicht mitentscheiden, werden erst im Nachhinein und unzureichend unterrichtet und dürfen die Informationen nicht weitergeben. "Der Bankenrettungsfonds hat die demokratische Qualität des Volkskongresses von Nordkorea", so ein Zeuge beim Bankentribunal von Attac.

Die einseitige Besetzung von Kommissionen auf EU-Ebene beklagt auch die NGO Alter-EU. Besonders unausgewogen sei das Verhältnis im Finanzbereich, so etwa bei der Larosière-Kommission zur Finanzmarktregulierung in der EU. Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht sei fast ausschließlich mit Personen aus dem privaten Bankgewerbe besetzt; ähnliches treffe auf Standard setzende Institutionen für Rating-Agenturen (CESR) und Bilanzierungsstandards zu (IASB und EFRAG). In Expertengruppen zum Finanzsektor in Brüssel steht 4 ExpertInnen aus dem Umfeld Finanzindustrie nur eine Person aus den Bereichen Wissenschaft, Verbraucherschutzgruppen oder Gewerkschaften gegenüber (Alter EU 2010).

## Welche Maßnahmen sind notwendig, um das Finanzsystem demokratischer zu gestalten?

Das derzeitige Wirtschafts- und Finanzsystem verschärft die Ungleichheit und ist eine Gefahr für die Demokratie. Je länger mit umfassenden Reformen des Finanzsektors gezögert wird, umso schwieriger wird es sein, den Geist wieder in die Flasche zu locken.

### *1. Schaffung einer Gegenlobby*

Angesichts der Besetzung der Reformkommissionen ist es nicht verwunderlich, dass Finanzmarktreformen im Geiste derjenigen verfasst werden, die die Krise verursacht haben. Diese Akteure haben klar definierte Interessen und Denkweisen; es fehlen jedoch Akteure, die gesamtgesellschaftliche Interessen artikulieren. Von WissenschaftlerInnen an Universitäten ist mit m.E. mit wenigen Ausnahmen (noch) nicht viel zu erwarten. Viele WissenschaftlerInnen müssen sich inhaltlich umorientieren und sind in erster Linie mit ihrem persönlichen Weiterkommen an liberalisierten Universitäten beschäftigt, als das sie hier zu Gunsten der Gesellschaft einschreiten würden. Neben Attac, eine Organisation, in der die politische Arbeit von Ehrenamtlich übernommen wird und die ein verschwindend kleines Budget hat, sind im Finanzbereich wenige kleine NGOs oder Netzwerke tätig. Die Schaffung einer Gegenlobby ist ein wichtiger Schritt. Die Politik darf sich jedoch nicht auf die Zivilgesellschaft als alleiniges Korrektiv verlassen. Notwendig ist eine Reform der Institutionen zur Finanzmarktkontrolle.

### *2. Schaffung einer Sicherung im Wirtschafts und Finanzsystem*

Darüber hinaus muss das Finanz- und Wirtschaftssystem derart umgestaltet werden, dass selbst unter der Vorherrschaft eines marktideologischen Zeitgeistes eine Sicherung im System eingebaut ist, wenn beispielsweise die Aufsicht wegsieht. Diese Sicherung muss verhindern, dass Aktivitäten eines kleinen Kreises von Finanz- und Wirtschaftsakteuren ganze Volkswirtschaften in den Ruin stürzen.

- Eine Möglichkeit ist eine übersichtliche Gestaltung des Finanz- und Bankensektors. Nach der Krise ist das Gegenteil passiert: Die Dresdner und Commerzbank fusionierten, die Deutsche Bank übernahm die Postbank. Die Größe von Banken muss begrenzt werden, damit eine Bank insolvent werden kann, wenn sie unkalkulierbare Risiken eingeht. Darüber hinaus muss sich das Geschäftsmodell der Banken ändern. Ein Großteil der Finanzprodukte hat keinen gesamtgesellschaftlichen Nutzen und kann verboten oder durch Steuern unrentabel gestaltet werden. Die Finanzmärkte würden schrumpfen und wieder eine überschaubare Größe gegenüber der Realwirtschaft einnehmen.

- Finanzoasen und andere regulierungsfreie Zonen wie OTC-Märkte müssen abgeschafft oder stark reguliert werden.
- Zentrale Bereiche der Daseinsvorsorge wie soziale Sicherungssysteme müssen den Finanzmärkten entzogen werden, v.a. die Pensionsysteme.
- Darüber muss die Politik auf eine Weltwirtschaft hinarbeiten, die sich das Ziel setzt, globale Ungleichgewichte abzubauen.
- Sinnvoll sind außerdem Reformen der EU. Die europäische "Integration" verstanden als Schaffung liberalisierter Kapitalmärkte hatte Vorrang vor einer EU-weiten Regulierung der Finanzmärkte. Die Schaffung einer europäischen Finanzaufsicht wurde auf einen späteren Zeitpunkt vertagt, wodurch europäische Banken größere Risiken eingingen als amerikanische (Grahl / Frangakis 2006).
- Die EU weist verschiedene Mechanismen auf, wo Finanzinteressen anderen Politikfeldern übergeordnet werden. Dazu zählen z.B. das Prinzip der Einstimmigkeit bei Fiskalentscheidungen, fehlende politische Weisungsmöglichkeiten gegenüber der europäischen Zentralbank oder die Maastricht-Kriterien (Wahl 2010).

### *3. (Finanz-)Wirtschaft demokratisieren*

Wirtschaft und Finanzmärkte funktionieren nach vordemokratischen Strukturen. Dieses muss geändert werden durch mehr Mitbestimmung von ArbeitnehmerInnen und anderen Stakeholdern, wie es beispielsweise von Unternehmen aus dem Bereich der solidarischen Ökonomie praktiziert wird.

Darüber hinaus muss ein scharf kontrollierter öffentlicher Bankensektor ausgebaut werden, der per Satzung dem Gemeinwohl verpflichtet ist.

### *4. Verteilung von Einkommen und Vermögen ändern*

Die derzeit vorgeschlagenen Maßnahmen für Steuererhöhungen sind sehr bescheiden. Im Gegensatz zu den heutigen Regierungen finanzierte US-Präsident Roosevelt in der letzten Weltwirtschaftskrise Konjunkturmaßnahmen über eine breit angelegte Umverteilung über Steuerpolitik. Beispielsweise lagen die Spitzensteuersätze in den Jahren 44/45 bei 94 %. Auf über 80 % hielt sich der Wert bis 1963, also fast 20 Jahre. Unter 70 % ist er erst 1981 gefallen.

Steuerpolitik muss die bestehenden Ungleichheiten im großen Stil ausgleichen.

Ich betone, dass Reichtum per se kein Problem ist – abgesehen davon, dass auch Reiche in gleicheren Gesellschaften laut Glücksforschung zufriedener sind (Wilkinson / Pickett 2010). Das Problem entsteht, wenn Reichtum auf der einen Seite, Armut oder andere Kollateralschäden auf der anderen Seite produziert. Reichtum ist häufig mit undemokratischer Macht verbunden, und zwar wenn Reiche als Mäzene auftreten und dem Rest der Gesellschaft die Regeln diktieren.

### 5. Aufarbeitung der Krise

Die Politik muss vollständig die Richtung wechseln. Die Krise wird noch gravierende Folgen haben – insbesondere in Anbetracht der Leichen in den Kellern deutscher Banken. Unabhängig von Parteipolitik ist eine Aufarbeitung der Krisenursachen notwendig, denn nur so können adäquate Schlüsse für den Umbau der Institutionen und einen Politikwechsel gezogen werden.

Der Versuch den Finanzstandort Deutschland durch kapitalfreundliche Steuer- und Finanzgesetze zu stärken ist gründlich schiefgegangen. Die SPD ist eine Partei mit langer Tradition. Werfen sie den Ballast des neoliberalen Zeitgeistes der 80er/90er Jahre weg. Je eher umso besser.

## Referenzen:

Alter EU 2009: Secrecy and corporate dominance, September 2009, [www.alter-eu.org](http://www.alter-eu.org)

Alter EU 2010: Bursting the Brussels Bubble, April 2004,  
<http://www.alter-eu.org/sites/default/files/documents/bursting-the-brussels-bubble.pdf>

Attac 2009: Attac- Initiativegruppe Internationale Ausgleichsunion, Dem Weltmarkt die Krisen austreiben – Für eine internationale Ausgleichsunion, Juli 2009,

Homepage der AG Finanzmärkte und Steuern (Forderungen und Positionen): [www.attac-netzwerk.de/ag-finanzmarkt-steuern](http://www.attac-netzwerk.de/ag-finanzmarkt-steuern), Kurzlink: <http://bit.ly/blaugk>

Bankenverband 2010: Geldvermögen wieder gestiegen, Homepage des deutschen Bankenverbandes, <http://www.bankenverband.de/themen/geld-finanzen/tipps-infos/atproxiedcontent.2010-06-22.6439711400> (23.6.10)

BCG 2010: Global Wealth Report der Boston Consulting Group 2010, S. 5

Bundesbank 2009: Bundesbank 2009: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Juli 2009, S. 17, [http://www.bundesbank.de/download/volkswirtschaft/mba/2009/200907mba\\_gewinne.pdf](http://www.bundesbank.de/download/volkswirtschaft/mba/2009/200907mba_gewinne.pdf)

CRESC 2009: An alternative report on UK banking reform, CRESC, Universität Manchester 2009, [www.cresk.ac.uk](http://www.cresk.ac.uk)

Crouch 2008: Colin Crouch, After privatised Keynesianism, The Political Quarterly (vol 79, no 4, 2008)

Finance Watch 2010: <http://www.finance-watch.org/> (23.6.10)

Froud u.a. 2010: Julie Froud u.a.: Wasting a crisis. Democracy and Markets in Britain after 2007, The Political Quarterly 2010, S. 25-37

IWF 2008: Systemic Banking Crises: A New Database, working paper von Luc Laeven and Fabian Valencia, November 2008 <http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2008/wp08224.pdf>

Liebert 2007: Nicola Liebert, Wie sich der Staat selbst das Wasser abgräbt – und was dagegen zu tun wäre. Die deutsche Steuerpolitik auf dem Prüfstand, Schriftenreihe Kritische Wissenschaften, Münster, 2007, S. 80

Müller 2010: Leo Müller, Die Bankräuber, Econ 2010, S. 99 u. 101

Otte 2008: Max Otte, 1929 und die Finanzkrise von 2007. Einleitung zu John Galbraith: Der große Crash 1929, München 2008, S. 7ff

Ötsch / Di Pauli 2009: Silke Ötsch / Celia Di Pauli (Hg.): Räume der Offshore Welt. Steueroasen und Offshore-Zentren in Europa, Frankfurt 2009

Palan 2010: Ronen Palan, Richard Murphy, Christian Chavagneux: Tax Havens: How Globalization Really Works, Cornell Univ Press, 2010

Schumann 2010: Beitrag von Harald Schumann beim Seminar zu Banken der Attac AG Finanzmärkte und Steuern, Juni 2010

UNCTAD 2009: UNCTAD, The Global Economic Crisis: Systemic Failures and Multilateral Remedies, Bericht 2009, S. 41ff

Wahl 2010: Peter Wahl, The Stress Test for Global Financial Governance, Bericht, 2010

Wilkinson / Pickett 2010: Richard Wilkinson, Kate Pickett: The Spirit Level. Why Equality is Better for Everyone, Suffolk 2020





# Nachfragen und Diskussion

## Thomas Schade (DRK)

Die Armuts- und Reichtumsberichterstattung habe einen parlamentarischen Auftrag, deshalb die Frage, ob die SPD schon auf die Bundesregierung zugegangen sei, wann mit dem nächsten Bericht zu rechnen ist?

---

## Hilde Mattheis

verweist in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage (Nr. 17/2505), die die SPD inzwischen eingebracht hat. Die SPD werde die Antwort öffentlich diskutieren und hoffe sehr, dass sich die interessierten Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und andere Organisation an dieser Debatte beteiligen und eine breite Diskussion entsteht. Uns geht es darum, jede Berichterstattung zielgenauer zu gestalten und zielgenaueres politisches Handeln zu ermöglichen. Dazu wurden in der Vergangenheit immer wieder Vorschläge von der AG Verteilungsgerechtigkeit der SPD-Fraktion gemacht, wie z.B. das Datenmaterial verbessert werden kann oder auf welche politische Fragen genauer eingegangen werden sollte.

---

## Dr. Grabka

ergänzt, in die Armuts- und Reichtumsberichterstattung müsse auch die europäische Ebene mit einbezogen werden. Denn – wiewohl es in der Europäischen Union einen klaren Abstimmungsprozess bei den Nationalen Aktionsprogrammen zur Armutsbekämpfung gäbe – fänden eine Berichterstattung und Diskussion nicht statt. Er bitte die SPD zu intervenieren, dass das Ministerium in diesem Bereich stärker aktiv werde.

---

## Frau Fix (Caritas)

hält es für wichtig, dass in der Armuts- und Reichtumsberichterstattung die Erfolgskontrolle verbessert werden müsse und hat an Herrn Dr. Grabka die Frage, wie und was man dafür tun könne und ob es eine Wirkungsforschung zu den getroffenen Maßnahmen gäbe.

---

## Dr. Grabka

hält die Erfolgskontrolle für den wichtigsten Punkt, der in die künftigen Berichte einfließen müsste. Dabei sei zu klären, welche Indikatoren dafür in Frage kämen. Auf internationaler Ebene gäbe es Vergleichsstudien, wie etwa von der OECD. In einer solchen Studie sei festgestellt worden, dass es in Deutschland oft an der Zielgenauigkeit der Maßnahmen mangle. Hier müsse eine Diskussion angestoßen werden. Gerade vor dem Hintergrund des Haushaltsdefizits und des geringen Handlungsspielraums des Staates in der gegenwärtigen Krise sei es dringend notwendig, für mehr ökonomische Effizienz zu sorgen. Die jüngste Anhebung des Kindergeldes sei ein Paradebeispiel für die absolute Ineffizienz des Systems.

---

Genau diejenigen, die es nötig hätten, bekämen aufgrund der Anrechnung in der ALG II-Regelung keinen Cent, die breite Mittelschicht bekommt für jedes einzelne Kind genau die 20 € mehr, um die der Betrag angehoben wurde, und das Kind aus dem Millionärshaushalt bekommt aufgrund der steuerlichen Freibetragsregelung im oberen Bereich entsprechend absolut gesehen natürlich mehr. Wenn man das unter dem Gesichtspunkt von Armutsvermeidung betrachtet, ist das vollständig kontraproduktiv.

## Hilde Mattheis

Das ist eine Kritik an der Politik der letzten Jahre, die wir durchaus anerkennen und der wir uns stellen müssen.

## Gabriele Hiller-Ohm

Wir haben immer gesagt, wir wollen einen besseren Reichtumsbericht und wurden immer getröstet mit der mangelnden Datenlage. Herr Dr. Grabka, kann man davon ausgehen, dass sich die Situation nun geändert hat, so dass wir auch die Datengrundlage dafür haben, um die richtigen Konsequenzen daraus ziehen zu können und gezielte politische Antworten geben zu können? Und eine Frage an Herrn Dr. Solte: Sie haben anschaulich die Wertschöpfung dargestellt und viel zu viel Geld, das nur auf dem Papier steht. Aber haben wir tatsächlich zu wenig Wertschöpfung? Sie haben vorgeschlagen, dass man eine Steuer auf die Erstemission von Wertpapieren erheben sollte. Aber reicht das aus, um die Spekulation einzudämmen? Müssen wir nicht die Spekulation noch viel mehr eindämmen und auch manches verbieten?

## Dr. Solte

Weltweit betrachtet haben wir faktisch zu wenig Wertschöpfung bei immer mehr Menschen. Wir könnten uns natürlich auf den Standpunkt stellen, wir verteilen nur das, was wir heute unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten auf dem Planeten sinnvoll produzieren können. Das müssten wir dann fair verteilen. Unser Konsumniveau müsste dann um 85 Prozent gesenkt werden. Dann hätte jeder noch 15 Prozent von dem, was er gewohnt ist. Dieser Weg ist wohl nicht konsensfähig.

Seit 40 Jahren haben wir das Wachstum permanent über Verschuldung finanziert. Das geht einen gewissen Zeitraum gut, aber jetzt ist eben Schluss. Dabei gibt es Praktiken, die wir uns so nicht wünschen, wir nennen das Spekulationen. Allerdings sind die richtigen Akteure nicht die Banken, die spekuliert haben und die schuld an der Krise sind, sondern das sind - möglicherweise ohne es zu wissen - die institutionellen Investoren, die die hohen Renditen fordern, das sind die Renten- und Pensionskassen, die Kirchen, die Stiftungen und natürlich auch die besonders Reichen. Das hängt damit zusammen, dass wir nicht genügend Wertschöpfung für immer mehr Menschen haben. Das ist das tiefliegende Problem, das wir bisher immer ausblenden.

Ich bin nicht dagegen, die Reichen entsprechend zu besteuern, wenn man das international regeln kann und sie sich der Steuerzahlung nicht entziehen können, und dafür müsste man die Steuerbemessungsgrundlagen weltweit harmonisieren. Aber wenn man nur auf solche Abgaben und Verbote setzt, wäre das meines Erachtens ein Nebenkriegsschauplatz. Die entscheidende Frage ist: Wie kann man die permanente Verschuldung sinnvoll zurückfahren und zwar so, dass man - bei der gegebenen Begrenztheit des Planeten - mehr Wertschöpfung erreichen kann.

## Dr. Ötsch

Ein wichtiger Punkt ist die Transparenz und die Frage der fehlenden Daten. Es ist richtig, dass zu wenig Daten zum Reichtum verfügbar sind. Aber viele Daten sind auch da, z.B. im Bereich der Steuerflucht. Es ist ja nicht so, dass man an diese Daten nicht herankäme, sondern das ist eine Frage des internationalen Austauschs der Daten und von internationalen Regelungen. Es gab aber jahrelang nicht den politischen Willen, dafür zu sorgen. Gerade die Steuerflucht von Unternehmen ist ein riesengroßes Problem, das nicht richtig angegangen wird. Denn die technischen Möglichkeiten, um für die Transparenz zu sorgen, gibt es. Es kommt nun vor allem darauf an, die gesellschaftliche Unterstützung dafür zu organisieren, dass das auch politisch umgesetzt wird, und ich hoffe, dass uns das künftig besser gelingen wird.

## Dr. Grabka

Ich möchte Frau Dr. Ötsch unterstützen. Die Datenlage bei Unternehmen ist gegeben, es gibt Informationen, die nicht genutzt werden. Wofür ich hier sprechen kann, ist der Bereich der Informationen über die privaten Haushalte, über die Anzahl der Reichen in Deutschland. Von Seiten der EVS, der amtlichen Statistik, kann leider relativ wenig zum Reichtum und vor allem zum privaten Einkommens- und Vermögensreichtum in Deutschland gesagt werden. Da sind die Daten und die Qualität immer noch vergleichsweise schwach. Bei uns im Sozioökonomischen Panel (SOEP) haben wir eine etwas bessere Datenlage im oberen Bereich, aber die wirklich Reichen sind auch in unseren Daten nicht enthalten. Aber wir müssen auch die Multidimensionalität berücksichtigen und nicht nur die Einkommenseite, sondern auch etwa die Frage des Konsums und der Überschuldung. Dafür haben wir jetzt zusätzliche Indikatoren, die wir in die künftige Armuts- und Reichtumsberichterstattung einbringen werden. Perfekt ist das nicht, aber damit sind wir wieder einen Schritt weiter.

## Dr. Solte

antwortet auf eine Frage aus dem Publikum bezüglich Reichtum und Klimawandel: Wir dürfen Wachstum nicht so organisieren, dass uns der Planet um die Ohren fliegt. Wir müssen die Umweltbedingungen berücksichtigen. Das ist schmerzhaft für die bisherigen Profiteure, wenn wir die Umweltstandards und Sozialstandards, die wir für wichtig und richtig halten, wenn diese Verfahrensstandards für die Produktion von Waren und Dienstleistungen verbindlich geregelt werden.

## Hilde Mattheis

fragt Dr. Solte, wieviel Zeit bleibt, um die von ihm vorgeschlagenen politischen Lösungen durchzusetzen, da in der Vergangenheit internationale Regelungen in diesen Bereichen kaum getroffen wurden.

## Dr. Solte

Das ganz unangenehme Thema konnte ich noch nicht ansprechen: Die extreme Diskrepanz zwischen Schwellgeld, also der gesamten Verschuldung, und Wertschöpfungsfähigkeit. Wir haben weltweit mindestens eine viermal so hohe Verschuldung wie wir in einem Jahr an Wertschöpfung überhaupt leisten können. Wenn wir dieses System nicht bald stabilisiert bekommen, wird über kurz oder lang entweder unkontrolliert oder kontrolliert eine Entwertung des Schwellgelds unumgänglich sein. Meine Sorge ist, dass noch dieses Jahr eine Entscheidung gefällt wird, ob es in die eine oder andere Richtung geht.

## Dr. Ötsch

Wir haben ein großes Problem bei der gesetzlichen Regelung, wie sie im Moment im Europäischen Parlament beraten wird. Da werden einerseits über die Lobby viele Änderungsvorschläge eingespeist und auf der anderen Seite ist es so, dass ein Großteil der Öffentlichkeit sich wenig für die Finanzfragen interessiert, weil sie immer als technische Regelungen abgetan werden. Auch fehlt auf der Seite der Politik vielfach die Kompetenz, sich auch gegen die Lobbyvorschläge durchzusetzen zu können und die Entscheidungsgewalt zu behalten. Das muss sich ändern.

## Hilde Mattheis

Mit diesem Impuls, dass sich da etwas ändern muss, gehen wir in die kurze Kaffeepause.

# Handlungsbedarf und politische Antworten - Fortsetzung und Erweiterung der Diskussion

## Beiträge

Ulrike Mascher

Präsidentin des VDK Bundesverbandes



Zur Beantwortung meiner Fragestellung, wie sieht es bei den Älteren der Bevölkerung mit Armut und Reichtum aus, werde ich auch aus den Alltagserfahrungen berichten.

Erstens ein Kommentar zum Sparpaket der Bundesregierung: Bei vielen Diskussionsveranstaltungen quer über das ganze Land, in Bayern auch in Bierzelten, habe ich festgestellt, dass es wegen des Sparpakets der Bundesregierung eine richtige Wut über die da oben gibt. Da steckt auch die Sorge und Frage dahinter: Wann landet die Sparwut bei uns und führt zu Rentenkürzungen. Diejenigen aber, die über viel Geld verfügen, die bleiben außen vor.

Es wird durchaus wahrgenommen, dass eine schon immer vorhandene Schiefelage noch mehr zunimmt. Insbesondere ein Satz empört viele besonders: „Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt, deswegen müssen alle dazu beitragen ...“ Das schürt die

Empörung und Wut. Viele fragen, wer ist wir? Wir kommen gerade über die Runden oder ja, wir leben vielleicht ganz ordentlich, aber über unsere Verhältnisse?

Zweitens und das ist mein eigentliches Thema: Wenn man sich die Verteilung von Vermögen und Eigentum ansieht, dann kommt – mit Blick darauf, wovon lebt man künftig im Alter - etwas auf uns zu, was in der Dimension bisher nicht wahrgenommen wurde. Dazu gibt es nun dankenswerterweise eine Studie des DIW darüber, wie sieht es 20 Jahre nach der Deutschen Einheit mit der Rentenentwicklung und mit den künftigen Alterseinkommen aus. Aber der Befund, den man bisher im Hinterkopf hatte, dass es den Rentnern in Ostdeutschland gut geht, das ist vorbei.

In Ostdeutschland haben in den letzten 20 Jahren die meisten im Durchschnitt 10 Jahre Arbeitslosigkeit in ihrer Biografie, deshalb sinkt die Rente bei den Männern langsam aber stetig und bei den Frauen ist es ein richtiger Absturz.

In Westdeutschland geht das Einkommen bei den Männern auch zurück, aber nicht so deutlich, bei den Frauen gibt es einen geringen Aufwuchs, aber sie liegen im Durchschnitt immer noch unter den Renten der Männer. Damit wird die Notwendigkeit für die bedarfsgeprüfte Grundsicherung steigen und die Kosten, die damit auf die Kommunen zukommen, werden immer weiter ansteigend zu Buche schlagen.

Mehrere Bundesregierungen haben in den letzten zwanzig Jahren die Rentenpolitik reformiert, um den Beitragssatz zur Rente zu stabilisieren. Man muss aber die Frage der Dämpfung der Rentenanpassung noch einmal prüfen, ob da nicht zu scharf vorgegangen worden ist. Denn die drei Nullrunden (2004, 2005, 2006) bei den Renten waren bei den Berechnungen nicht vorgesehen. Der Ausgleich sollte die zusätzliche Altersvorsorge sein, aber das Modell von Walter Riester hat leider die Ungleichverteilung nur verschärft, denn diejenigen, die ein geringes Einkommen haben, konnten das nicht wahrnehmen. Deshalb sollte die Zielgenauigkeit überprüft werden.

## Annelie Buntenbach Vorstandsmitglied im DGB



Ich will beginnen mit den Handlungsoptionen und den gesellschaftlichen Fehlentwicklungen, die schon lange sichtbar waren. Das Kürzungspaket der Bundesregierung hat nun in der Frage der Lastenverteilung genau den Ärmsten die Lasten der Krise aufgebürdet und die Reichen außen vor gelassen. Da geht es ausschließlich um die Kürzung von Ausgaben, die natürlich in der Krise immer zu einem relativ hohen Anteil sozialstaatliche Ausgaben sind.

Aber dringend nötig wäre, endlich darauf zu schauen, wie man zu mehr Einnahmen kommt: Wie kann man die wirtschaftlich Starken und die Verursacher der Krise in die Pflicht nehmen? Das ist die Richtung, in die man jetzt den Blick der Politik richten muss.

Und man muss darauf achten, dass die Entwicklung sich nicht fortsetzt, dass einem immer größeren privaten Reichtum eine immer größere öffentliche Armut gegenüber steht. Der Wirtschaftssach-

verständige Prof. Peter Bofinger hat darauf hingewiesen, dass wir ein Jahrzehnt der Entstaatlichung hinter uns haben. Die Staatsquote wurde von der Politik bewusst abgesenkt. Das führt nun zur Ebbe in den staatlichen Kassen, bei den finanziellen Mitteln für öffentliche Infrastruktur und für die Kommunen, was wir als Gewerkschaften für eine grundfalsche Entwicklung halten.

Wenn die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandergeht, ist das Grund genug, sich dagegen zu wehren, weil das ungerecht ist. Aber es geht um mehr, denn damit wird gleichzeitig auch der Sozialstaat zerstört. Immer mehr Menschen werden nach unten aus dem sozialen Netz hinausgedrängt. Sie müssen zu Löhnen arbeiten, von denen man nicht leben kann, mit der Folge von Renten, mit denen man nicht leben kann, wie Ulrike Mascher gerade dargestellt hat. Da sind wir inzwischen wirklich auf dem Weg in einen Bedürftigkeitsstaat. Das macht uns große Sorgen. Das ist die eine Seite der Schere.

Auf der anderen Seite „wachsen“ oben immer mehr Menschen aus der Versicherungspflicht „hinaus“ – in Anführungszeichen – und entziehen sich damit ihrer sozialen Verantwortung. Und gleichzeitig ist der immense Reichtum ein gewaltiger Treibsatz auf dem Finanzmarkt, der zu riesigen Spekulationsblasen führt. Wo man auch deshalb gegenhalten muss, weil wir sonst vor dem nächsten Crash und der nächsten Krise stehen. Hinzu kommt die von Prof. Solte beschriebene „Reise nach Jerusalem“, die deutlich macht, wie es richtig problematisch wird, wenn der Run der gewaltigen Menge an Schwellgeld auf die wenigen Stühle der Realwirtschaft losbricht.

Auf diesem Hintergrund geht es - zusammenfassend gesagt - für die Gewerkschaften darum, die Schere zwischen Arm und Reich wieder zu schließen. Das heißt, diejenigen, die wirklich reich sind, müssen bei der Verteilung der Krisenlasten beteiligt werden. Aber das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit. Da geht es um Vermögenssteuer, um Erbschaftssteuer, um Reichensteuer und gleichzeitig geht es um einen neuen Verteilungsschlüssel für die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums insgesamt, der gemeinsam erwirtschaftet wird.

Nächster Punkt: Wir haben in der Wirtschaft eine viel zu starke Orientierung auf Aktionäre und Eigner, die die Anteile am Produktionsvermögen besitzen, und auf kurzfristige Gewinninteressen. Wer dabei nicht mehr vorkommt, sind die Belegschaften, die eigentlich mitentscheiden sollten. Da müssen wir wieder mehr für eine langfristige Orientierung an den Menschen, ihren Fähigkeiten und Interessen sorgen und wieder mehr Demokratie zurückgewinnen.

Wir müssen die Finanzmarktgeschäfte entschleunigen. Da ist der erste Schritt eine Finanztransaktionssteuer. Die kann man auf internationaler Ebene einführen, die kann man auf europäischer Ebene, die kann man in der Eurozone, die kann man aber auch auf nationaler Ebene einführen. All das ist möglich und machbar, aber wichtig ist vor allem, das ist das Wesentliche, wir müssen es auch tun und damit anfangen. Eine Finanztransaktionssteuer hat eine Entschleunigungswirkung und auf der anderen Seite Einnahmen zu Folge, die wir zur Abfederung der Krise dringend nötig haben.

Wir müssen uns gerade am Arbeitsmarkt künftig anders aufstellen. Die Finanzmarktkrise hat in Deutschland im Verhältnis zu anderen Ländern am wenigsten am Arbeitsmarkt durchgeschlagen, nicht nur wegen der Ausdehnung der Kurzarbeit, das ist ein zentraler Punkt, sondern auch – und das ist ganz wesentlich – wegen der sozialen Absicherung, dem Kündigungsschutz, den es in den USA und England so nicht gibt, und durch andere soziale Absicherungen wurden die Auswirkungen der Krise abgebremst. Diese soziale Absicherung müssen wir für die Zukunft ausbauen.

Wir brauchen also dringend einen gesetzlichen Mindestlohn als Untergrenze, wir brauchen eine Regulierung der Leiharbeit, d.h. gleicher Lohn bei gleicher Arbeit am gleichen Ort. Wir müssen den Arbeitsmarkt wieder neu ordnen – ohne den Druck nach unten, wie ihn jetzt Hartz IV ausübt, und die viel zu scharfen Zumutbarkeitsregelungen. Das müssen wir so verändern, dass die Menschen von ihrer Arbeit leben und sich sozial absichern können - auch für das Alter, wie Ulrike Mascher es angesprochen hat.

Deswegen brauchen wir Reformen am Arbeitsmarkt und Reformen in den sozialen Sicherungssystemen mit der Perspektive, alle in diese sozialen Sicherungssysteme einzubeziehen und hier Solidarität neu zu fassen, damit diejenigen mit den höheren Einkommen und den Kapitaleinkünften in Zukunft für die soziale Sicherung entsprechend mitzahlen.

Jedenfalls haben die vergangenen zwei Jahre plastisch gezeigt, dass das Roulette auf dem Finanzmarkt die Hoffnung vieler zerstört hat, sich über den Kapitalmarkt fürs Alter absichern zu können. Es gibt keine Alternative zur gesetzlichen Rentenversicherung, allerdings brauchen wir hier Reformen. Nach den Kürzungen, die die Politik in den letzten Jahren bei der Rente beschlossen hat, wird sie sonst für viele nicht mehr reichen.

Wir müssen bei den sozialen Sicherungssystemen endlich klar haben, dass wir hier mehr Solidarität organisieren müssen und nicht mehr Privatisierung. Das gilt auch für die Teilprivatisierung wie bei der Rente, Ulrike Mascher hat das ja schon angesprochen, auch im Gesundheitsbereich. Wir brauchen mehr Solidarität, wir müssen in Richtung Bürgerversicherung gehen und wir brauchen die Parität zurück, da dürfen sich die Arbeitgeber nicht aus der Verantwortung ziehen. Denn das geht alles nur, wenn wir die wirtschaftlich Starken in die Pflicht nehmen.



## Sigmar Gabriel Bundesvorsitzender der SPD



Ich glaube der Vorwurf an die SPD ist nicht das, was wir in den letzten sechs Monaten getan haben, sondern dass wir der Liberalisierung der Märkte in den letzten zehn Jahren auch nachgelaufen sind. Darüber ließe es sich viel reden.

Aber ich wollte etwas weg vom Sparpaket. Das Sparpaket ist nicht unser eigentliches Problem. Was da drin steht ist falsch – ja! Was da drin steht ist unsozial – ja! Aber eigentlich geht es darum, was nicht gemacht wird in Deutschland, und nicht so sehr darum, was falsch gemacht wird. Die Bundesregierung weiß ganz genau, dass die Mehrzahl, die sie damit trifft, sprachlos ist und nicht in der Lage, Öffentlichkeit zu organisieren. Sie weiß aber auch, dass ein anderer Teil der Bevölkerung meint, er sei sowieso nicht betroffen.

Interessant wird es, wenn man sich anschaut, was die Bundesregierung alles nicht tut, und was sie eigentlich tun müsste - im Rahmen ihrer Haushaltspolitik, die schon deshalb falsch ist, weil sie sie nur Sparpolitik nennt. Das ist schon der erste große Irrtum, wenn man meint, man könnte das Land in eine bessere Zukunft führen, wenn man ausschließlich Sparvorschläge macht, die dann am Ende noch nicht mal zu Einsparungen führen, wie bei den Zuschüssen für die Rentenversicherung, wo am Ende nur das Defizit in der Rentenversicherung erhöht wird.

Und da, wo es dann konkret wird, da werden Minderheiten in Deutschland getroffen. Das ist die Strategie, um die es da geht. Deswegen will ich etwas dazu sagen, wo die Mehrheit betroffen ist - alle in Deutschland! - und warum ich glaube, dass der größte Fehler darin besteht, was sie derzeit nicht machen. Damit komme ich auch zum Thema Armut und Reichtum und zur Vermögensverteilung.

Was sie nicht tun, ist: Sie investieren nicht in Bildung. Sie behaupten zwar, dass sie den Haushalt um 5 Milliarden im Bereich der Hochschule steigern. Für die Ko-Finanzierung fehlt den Ländern aber das Geld, um die Hochschulfinanzierung sicherzustellen. Die Länder werden aus anderen Bildungsbereichen das nötige Geld abziehen und dort sparen, wo es genau so dringlich oder dringlicher ist.

Aber das eigentliche Problem in Deutschland ist die Frage, wie bekomme ich die Kinder befähigt, dass mehr von ihnen zur Hochschule gehen können. Wir müssen die Kinder aus bildungsfernen Schichten stärker befähigen, überhaupt eine Ausbildung machen zu können, damit sie nicht in der Armutsfalle landen. Ohne Berufsausbildung wird das für die Kinder eine Katastrophe, übrigens auch für Deutschland insgesamt angesichts des demografischen Wandels. Wir sind eines der reichsten Länder der Erde und nicht einmal Durchschnitt bei den Bildungsausgaben aller Industrieländer, das ist ein Riesenfehler.

Das zweite ist: Es gibt zwei richtige Probleme bei der Entwicklung von Wirtschaft und Beschäftigung: Die miserable Netto-Investitionsquote bei privaten Unternehmen in Maschinen, in Forschung, Entwicklung und Produktion. Das aber ist der eigentliche Weg, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Wir haben mit 4 Prozent eine der schlechtesten Quoten in Europa, und noch schlimmer sieht es bei den öffentlichen Investitionen aus. Wir haben seit Jahren eine negative Investitionsquote der öffentlichen Investitionen. Das ist etwas, was die Bundesregierung überhaupt nicht angeht.

Städte und Gemeinden sind Orte der gesellschaftlichen Integration. Diese Aufgabe können sie nicht mehr wahrnehmen, weil sie kaputt gespart werden. Was man eigentlich machen müsste, wäre erstens natürlich Schulden abbauen. Jeden Euro Kredit, den der Staat aufnimmt, müssen unsere eigenen Kinder zurückzahlen. Das ist nicht fair, dass bei den Steuern, die sie zahlen, immer ein höherer Anteil für unsere Schulden drauf geht. Es war schon nicht fair zu sagen, die Deutsche Einheit kostet nix, weil dort die eigentliche Explosion unseres Schuldenstandes stattgefunden hat. Da hätte man die Mehrwertsteuer erhöhen müssen.

Damals hätte man dafür sorgen müssen, dass nicht nur die Arbeiter und Angestellten als einzige die soziale Einheit Deutschlands zahlen. Kein Beamter, kein Politiker, kein Selbstständiger hat damals eine müde Mark für den Aufbau der Krankenversicherung, der Arbeitslosenversicherung oder der Renten- und Unfallversicherung in Ostdeutschland ausgeben müssen. Deshalb haben wir seitdem relativ hohe Sozialabgaben.

Die Hoffnung der Bundesregierung besteht darin, dass Wachstum kommt. Wir alle wissen, dass das Wachstum, das wir derzeit haben, wesentlich durch die Konjunkturprogramme der alten Bundesregierung gesteuert ist. Die enden aber alle Ende 2010. Deshalb müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie man in der Binnenkonjunktur stärker diejenigen weckt, die uns helfen, die endenden Konjunkturprogramme aufzufangen, deshalb mein Hinweis auf Privatinvestitionen.

Das Kernproblem scheint mir zu sein, dass wir in Deutschland eine ziemlich hohe Sparquote haben und in den letzten Jahren auch – nicht nur – Anlässe gegeben haben, dass diese Sparguthaben in Finanz- und Geldinvestitionen geflossen sind und nicht in Sachvermögen. Da werden wir darüber reden müssen, weil wir in der Vergangenheit Fehlanreize gesetzt haben, die wir korrigieren müssen. In der Hoffnung, dass Vermögen zurück nach Deutschland kommt, haben wir die Abgeltungssteuer eingeführt, die sich nicht nach der normalen Besteuerung richtet, sondern auf 25 Prozent eingegrenzt und nicht der Progression unterworfen ist. Diese Hoffnung hat sich so nicht erfüllt.

Gleichzeitig werden dadurch aber Leute geradezu verlockt, ihre Anlagen in Geldvermögen zu lassen, weil sie dort am Ende mit 25 Prozent Steuern besser wegkommen auf die Zinsen, die dort entstehen, als wenn sie das Geld in Sachvermögen bringen. Die nicht ganz so einfach zu beantwortende Frage ist, was kann man machen, dass dieses Geld nicht in undurchschaubare Fonds geht, sondern in Investitionen im Inland. Darüber müssen wir reden.

Die Schere zwischen Arm und Reich lässt sich am Ende nicht ausschließlich dadurch schließen, dass wir über Steuern und Abgaben reden, auch wenn ich finde, dass man das machen muss. Das ist auch eine Frage von gerechter Belastung. Aber dazu muss eine angemessene Lohn- und Gehaltsentwicklung kommen, das bedeutet vor allem, dem Niedriglohnsektor und der Zeit- und Leiharbeit massive Grenzen zu setzen.

Das finde ich den Kern dessen, was wir als Sozialdemokraten in der Regierungspolitik nicht richtig gemacht haben. Wir haben dazu beigetragen, ob gut gemeint oder nicht, wir haben dazu beigetragen, dass der Wert von Arbeit real sinkt, aber auch in der Psychologie vieler Menschen. Diesen Wert von Arbeit hochzuhalten und auch wieder in Cent und Euro deutlich werden zu lassen bei Lohn- und Gehaltsrunden und bei der Eingrenzung des Niedriglohnsektors, halte ich für absolut zwingend erforderlich.

Zusammenfassend: Wenn wir über die Schere zwischen Arm und Reich reden, dann reden wir auch über eine veränderte Steuerpolitik, aber im Kern auch darüber, wie der Staat es schafft, erstens wieder selbst Investor zu sein in öffentliche Infrastruktur und zweitens, wie er es schaffen kann, dass Menschen, die über Sparguthaben verfügen, diese Sparleistung in Sachvermögen investieren und nicht versuchen, ihr Geld auf skurrilen Finanzmärkten zu vermehren.



# Handlungsbedarf und politische Antworten - Fortsetzung und Erweiterung der Diskussion

## Diskussionsbeiträge



### Dr. Grabka

Ein Stückweit mehr Umverteilung brauchen wir sicherlich, aber es sollte viel stärker auf die Effektivität und Effizienz der Maßnahmen geachtet werden. Die OECD habe darauf verwiesen, dass Deutschland verhältnismäßig viel umverteilt, aber die Maßnahmen oft in hohem Maße ineffizient wirken. Es gebe in Deutschland über einhundert verschiedene familienpolitische Maßnahmen, die jedoch zum Teil vollkommen konträr wirken.

Wenn man dort mehr Effizienz durchsetzt und eine Effizienzkontrolle auch konsequent auf weitere Politikbereiche ausweitet, dann kann und soll das dadurch freigesetzte Geld sinnvoller eingesetzt werden - vor allem für die Bildung, die zentral für die Entwicklung ist und wo es absolut gebraucht wird.

### Dr. Solte

Man muss das, was man in den wohlhabenden Staaten gelernt hat, auch für den Weltmarkt verbindlich machen: Die Märkte müssen ökosoziale Regeln einhalten, jede Wertschöpfung ökologisch nachhaltig und sozialverträglich leisten. Doppelstrategisch handeln, national und auf globaler Ebene ökologische und soziale Standards auf dem Markt verbindlich machen.

### Dr. Ötsch

Widerspricht der Behauptung, dass das Maß der Umverteilung in Deutschland schon hoch sei. Aber was man vorhin an den Daten gesehen habe, sei genau das Gegenteil. Die Schere zwischen Arm und Reich ginge immer weiter auseinander, in der Steuerpolitik sei noch viel mehr nötig.

Zum Unternehmenssteuersektor: Ein Bereich der enorm tabuisiert ist und den in der Krise niemand richtig angreift. Es wird häufig übersehen, dass in den letzten 10 Jahren die Gewinne der Unternehmen enorm gestiegen sind und gleichzeitig die Unternehmenssteuern immer mehr gesenkt wurden. Sie verweist auf die Steuergeschenke, nennt als Beispiel die Körperschaftssteuer, und fordert, dass - solange diese Steuergeschenke nicht wieder investiert werden - man sie besteuern müsse.

Eine andere Finanzierungsmöglichkeit sei die Reform des Steuervollzugs, die sehr viel bringen würde. Die Finanzbehörden seien schlecht ausgestattet und die Strukturen bei der gegenwärtigen Ordnung von Bundes- und Ländersteuern sei für den Steuervollzug oft kontraproduktiv.

Zur Forderung nach mehr Sachinvestitionen verweist sie darauf, dass diese ökologisch vertretbar sein müssten, und fordert mehr Investitionen in den Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen in der Pflege und dem Gesundheitsbereich, in der Care-Ökonomie, dort gäbe es noch viel Frauenarbeit, die unbezahlt ist. In diesem Bereich gäbe es noch sehr viel Potential, über das man weiter nachdenken könne.

## Sigmar Gabriel

Er sei für nationales und globales Handeln, wiewohl man in Deutschland z.B. bei der Regulierung des Bankensektors sehr wohl auch nur national Entscheidungen treffen könne. Wir würden oft über die Finanztransaktionssteuer reden. Aber man könne auch in den Bereichen eingreifen, in denen die Probleme entstehen, indem es z.B. eine striktere Trennung gibt zwischen den Geschäftsbanken und den Investmentbanken, damit gar nicht erst ein so hohes Interesse daran besteht, dass z.B. Banken sich über Eigenhandel an Wetten auf Rohstoffe beteiligen. Das ist ja oft auch eine Beteiligung an einer Spekulation, die unmenschlich ist, wenn man da z.B. die Frage von Zucker oder anderen Rohstoffen sieht, deren Erwerb für Entwicklungsländer sich dadurch viel schwieriger gestaltet.

Die Unternehmensbesteuerung müsse zu einer Frage einer gemeinsamen europäischen Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik werden. Das könne man aber nicht - wie Frau Merkel - nur machen wollen, wenn alle 27 EU-Länder mitmachen, wohl wissend, dass das nicht gehen wird. Wir werden nicht mit EU 27 eine gemeinsame Wirtschaftspolitik machen können. Sondern die Position von Frankreich, von Luxemburg, sei richtig: die EU 16 – die Währungsunion - muss damit beginnen und vielleicht erst mal mit der Frage, wie man Steuerdumping verhindert und welche gemeinsame Bemessungsgrundlage sinnvoll ist.

Mit seinem Redebeitrag habe er davor ein wenig warnen wollen, dass diejenigen aus dem linken Spektrum in die Falle tappen, indem sie ausschließlich über Steuererhöhung reden, wenn sie über soziale Gerechtigkeit sprechen. Es könne nämlich sein, dass es sich in der Erfahrungswelt einer Vielzahl von Deutschen nicht besonders angenehm anhört. Deren Erfahrung in den 60 Jahren ist nicht, dass sie nicht betroffen sind von Steuererhöhungen. Die SPD hat ja gesagt, sie sei für die Erhöhung der Erbschaftsteuer. Ich habe vor Jahren eine interessante Studie in Auftrag gegeben zur Diskussion um die Vermögenssteuer. Das Ergebnis war, dass ganz viele – 80 Prozent – für die Vermögenssteuer gewesen seien und nur ganz wenige für die Erbschaftssteuer, obwohl wir mit der Besteuerung erst bei einem Erbe von über einer Million Euro angesetzt haben. Die Erklärung dafür sei ganz einfach: Keiner hält sich für vermögend, aber alle hoffen, dass sie etwas erben. Da muss man aufpassen, dass man keine reine Steuererhebungsdebatte führt in Deutschland.

Aber die Vermögenssteuer ist eine Substanzsteuer und da geht es um das Kapital. Von da kommt auch der Widerstand, indem gesagt wird, das wollen wir nicht, obwohl wir hohe Freigrenzen vorsehen. Aber ich finde schon, dass man in Deutschland über die Vermögenssteuer reden kann.

Ich glaube, dass der Konrad Adenauer und der Ludwig Erhard in vielen Punkten nicht Recht hatten, aber da hatten sie Recht, als sie diese eingesetzt haben.

Auf der anderen Seite wird immer davon geredet, als habe Ludwig Erhard Deutschland aus der Wirtschaftskrise geführt, er hat uns reingeführt. Deshalb gab es 1966 die große Koalition. Sein Motto war das von Angela Merkel: Maßhalten! Und das vergrößerte die Krise. Und er wurde abgelöst von Karl Schiller und Helmut Schmidt. Schiller erfand das Wachstums- und Stabilitätsgesetz, das übrigens immer noch gilt in Deutschland, bloß das es von keinem mehr beachtet wird.

In diesem Wachstums- und Stabilitätsgesetz stand drin, dass eine Wirtschaftspolitik vier Ziele hat: Stabiles Preisniveau, also niedrige Inflationsrate, stetiges Wirtschaftswachstum, hohes Beschäftigungsniveau und außenwirtschaftliches Gleichgewicht, von dem man in Deutschland wahrlich nicht reden kann. Ich würde heute sagen, ein fünftes Ziel muss hinzukommen: ökologische Nachhaltigkeit.

Dieses magische Viereck, wie es früher hieß, bzw. heute dieses magische Fünfeck, das müssen wir auf europäische Ebene bringen. Und der Fehler von Frau Merkel ist, dass sie zur G 20 fährt, ohne dass es eine gemeinsame europäische Position gibt.

Übrigens haben die G 20 den Klimaschutz überhaupt nicht erwähnt, sie haben die Entwicklungshilfe nicht erwähnt. Man kann überhaupt fragen, woher die G 20 ihre Legitimität beziehen, sich zu treffen und mal zu entscheiden, wie es weiter gehen soll, da gibt es ein paar, die sind da nicht eingeladen. Das ist eine Art Imperialismus auf höherem Niveau. In anderen Institutionen, die über die UN oder Verträge demokratisch legitimiert sind, wird das nicht verhandelt.

Ich finde, dass es uns zuallererst darum gehen muss, in Europa zu zeigen, dass wir in der Lage sind, ein anderes Wirtschaftsmodell hier zu fahren als China oder USA oder Indien, ein Modell, das trotzdem erfolgreich sein kann. Darüber würde ich gerne reden.

Ich will die Umverteilung nicht allein durch Steuern erzeugen. Aber wenn wir z.B. jetzt mitten in der Krise von einem Spitzensteuersatz zwischen 47 und 49 Prozent reden, der unter Kohl bei 53 Prozent lag, dann kann man nicht davon sprechen, dass wir sozusagen in der sozialistischen Marterkiste suchen.

Sie haben Recht, Herr Dr. Grabka, die Effektivität der Umverteilung müssen wir überprüfen. Nur erleben wir gerade das Gegenteil. Auch wenn Frau von der Leyen und ihre Nachfolgerin nun alles mal überprüfen lassen, darf ich darauf hinweisen, dass die Bundesregierung gerade beschlossen hat, dass man dann 150 Euro erhält, wenn man sein Kind nicht in den Kindergarten bringt. Dümmer geht es nicht: Für eine Nichtinanspruchnahme einer staatlichen Leistung 150 Euro zu zahlen und dann damit auch noch die einkommensschwachen und bildungsfernen Familien zuerst dazu zu veranlassen, ihre Kinder von der Bildungseinrichtung Kindergarten fernzuhalten – auf eine solche Idee muss man erst einmal kommen.

Frau Dr. Ötsch, ich weiß, dass die Agenda 2010 als prinzipiell falsch erachtet wird. Ich lege trotzdem Wert darauf, dass in der Agenda 2010 viele Dinge enthalten sind, die wir heute nicht missen wollen. Da waren 4 Milliarden für ein Ganztagsschulprogramm, da war ein deutlicher Ausbau von erneuerbaren Energien drin. Ob die öffentliche Kritik an Hartz IV am Ende richtig ist, daran habe ich meine Zweifel als jemand, der in der Kommune Sozialpolitik gemacht hat.

Denn erstens waren die Sozialhilfesätze damals nicht höher und zweitens hatten wir in dem System der Sozialhilfe eine Vielzahl von Menschen in einer Drehtür, indem wir sie immer für 12 Monate mit einem 2 DM-Job beschäftigten – heute gilt ja der Ein-Euro-Job als Erfindung der Agenda und der Hartz-Gesetze. Aber das gibt es in Deutschland, solange es das Sozialhilfegesetzbuch gibt: Paragraph 19 BSHG „Hilfe zur Arbeit und Beschäftigung“. Nur dass wir das damals gemacht haben, damit sie nach 12 Monaten beim Arbeitsamt sind und wir sie beim Sozialhaushalt der Stadt los sind. Nur nach einer gewissen Zeit beim Arbeitsamt waren sie wieder bei uns und wir haben sie erneut in diese Drehtür geschickt.

Dieses System sozusagen der organisierten Unverantwortlichkeit für Langzeitarbeitslosigkeit, das hat die Agenda 2010 auch beendet. Sie hat andere Teile beinhaltet, insbesondere da, wo es um Niedriglohn, um Leiharbeit, Zeitarbeit, Entwertung von Arbeit geht, wo sie katastrophale Folgen hatte. Ich rate nur dazu, nicht der Illusion nachzulaufen, wenn wir die Uhren wieder auf 2002 zurückdrehen, dann hätten wir auch wieder bessere Zustände im Sozialsystem. Erinnerung sei daran, dass damals die Kombination von Arbeitslosigkeit und Schwarzarbeit weit attraktiver war als die Aufnahme eines sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses.

Wir müssen aber die Fehler, die wir gemacht haben, bekennen und ändern. Der Druck, den sie auf die normalen Löhne durch diesen Ausbau des Niedriglohnsektors entfaltet haben, der ist natürlich gigantisch. Die Leute merken das ja auch. Sie sind natürlich auch deshalb stinkig auf uns gewesen, weil sie gesagt haben, immer wenn ich zu meinem Arbeitgeber gehe und will mehr Geld haben, dann sagt der zu mir, halt den Ball flach, sonst wartet die Leiharbeitsfirma draußen.

Und ein weiterer Fehler der Agenda war: Der radikale Schnitt - nach Bezug von Arbeitslosengeld - relativ schnell auf dem Niveau von Hartz IV zu landen. Das ist gerade für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer etwas gewesen, wo ein Grundvertrauen in die Gewerkschaften und die SPD gefährdet wurde. Deren Grundvertrauen war die Hoffnung: Wenn mit mir etwas schief geht, wenn ich über 50 bin und arbeitslos werde, dann werden sich die Gewerkschaften und die SPD schon etwas einfallen lassen, damit ich anständig Richtung Rente komme. Das haben wir abgeschnitten. Das hat der SPD bis heute massiv geschadet.

---

## Annelie Buntenbach

Was uns, die Gewerkschaften, umtreibt ist, dass - in der Tat - mit den Hartz-Gesetzen der Druck in den Niedriglohnbereich so groß geworden ist, und damit die Zumutbarkeiten, die Möglichkeiten für Unterbietung, wie durch Leiharbeit, was Sigmar Gabriel gerade beschrieben hat, das hat sich im Bewusstsein tief eingegraben.



Eines will ich noch bezogen auf Hartz IV sagen: So viele Millionen Menschen in die Bedürftigkeitssysteme abzudrängen, mit all dem, was das bedeutet, auch mit der Frage von Bedarfsgemeinschaften, wer verdient wo was dazu, das ist ein großes Problem. Und zu dem eben erwähnten immensen Druck, den das nach unten insgesamt auf den Arbeitsmarkt erzeugt: Die Zumutbarkeit ist das eine.

Das andere aber ist die Angst, die die Leute haben, dass sie in ihrem Betrieb schon nicht mehr mit geradem Kreuz ihre Interessen vertreten, weil sie Angst haben ihre Arbeit zu verlieren, um dann nach einem Jahr in Hartz IV zu landen, was bedeuten kann (und sie wissen das), dass ihnen ihre Lebensleistung verloren gehen kann.

Ganz entscheidend ist, glaubwürdig zu sagen, wie man da wieder rauskommen kann und wie man das wieder verändern kann. Denn das ist eine Verunsicherung, die bis tief in die Mitte der Gesellschaft hineinwirkt. Das ist ein Verlust von Demokratie im Betrieb, aber auch ein Verlust von Demokratie in der Gesellschaft, wenn die Menschen sich nicht mehr trauen, sich wirklich einzumischen, weil der Absturz so tief sein kann.

Da sind wir mit der Frage von Mindestlöhnen u.a. auf einem guten Weg. Aber wir werden noch viel mehr diskutieren müssen: Was die Zumutbarkeit betrifft; wie kommt man aus dem Niedriglohn wieder raus; wie kann man aus diesem 22 Prozent-Niedriglohnbereich, der eine Entwertung von Arbeit bedeutet, wie Sigmar Gabriel gerade gesagt hat, wie kann man da wieder mehr Leute auf die Seite der guten Arbeit holen.

Für die Frage von Verteilung, also von dem, was in dieser Gesellschaft erwirtschaftet wird, ist ein ganz entscheidender Schlüssel, dass die Leute hier wieder das Gefühl haben und auch wissen, dass sie da auf der sicheren Seite sind und nicht abtriften in Bedürftigkeitssysteme. Sie also einen Anspruch aus ihrer Arbeit heraus haben auf soziale Sicherung auf Augenhöhe und sie nicht zu Bittstellern werden.

Das sage ich auch auf dem Hintergrund dessen, was für eine irre Umverteilung im Gesundheitsbereich mit der Kopfpauschale ansteht, wenn sich die FDP durchsetzen sollte - was ich nicht hoffe. Aber dann wäre das eine Art Umverteilung, die noch viel mehr Menschen zu Bittstellern machen würde und eine Spaltung der Gesellschaft erheblich beschleunigen würde. Deswegen ist der entscheidende Punkt, an dem wir gemeinsam arbeiten müssen, die Frage, wie der Reichtum in Zukunft verteilt wird, damit die, die hier arbeiten, auch von ihrer Arbeit leben können, und darauf aufbauend auf ihre soziale Sicherung vertrauen können.

---

## Ulrike Mascher

Natürlich ist Rentenpolitik und Alterseinkommen überhaupt nicht abzutrennen von der Beschäftigungspolitik. Die Rente ist ein brutaler Spiegel dessen, was während und im Arbeitsleben an Einkommen erreicht werden konnte oder was nicht erreicht werden konnte. Deswegen ist es auch so wichtig, sich bewusst zu machen, was jetzt droht nach 20 Jahren Deutsche Einheit und was notwendig ist an Beschäftigungspolitik, um Altersarmut zu verhindern.

Trotzdem brauchen wir auch ein paar Schrauben im Bereich der Rentenpolitik, um eine Form des sozialen Ausgleichs zu schaffen, die wir schon einmal hatten. Dafür gibt es eine Reihe von Vorschlägen, die man sich ansehen muss. Aber grundsätzlich plädiere für eine gute Beschäftigungspolitik, damit die Rentenpolitik möglichst wenig ausgleichen muss.

Noch eins zur Effektivität und Effizienz, die Herr Dr. Grabka in den sozialen Sicherungssystemen eingefordert hat: Da kann ich nur sagen, im Gesundheitsbereich wäre bei Steigerung der Qualität eine Menge in dieser Richtung zu erreichen. Kurz vor der Bundestagswahl gab es die Veröffentlichung eines Gutachtens zur ärztlichen Versorgung von Kindern und Jugendlichen und alten Menschen, mit vielen Vorschlägen das leider in Vergessenheit geraten ist.

---

# Schlusswort

## Gabriele Hiller-Ohm, MdB Stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration der SPD-Bundestagsfraktion



dankt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie dem Publikum.

Diese Konferenz war unsere Auftaktveranstaltung zum 4. Armuts- und Reichtumsbericht. Die Datenlage zum Reichtumsteil hat sich verbessert, wie wir heute vernommen haben. Wir haben auch gehört, dass der Reichtum, - trotz Krise - zugenommen hat, dass die Zahl der Vermögensmillionäre weiter angestiegen ist. Wir müssen noch viel mehr als bisher sensibilisieren für das Thema Reichtum.

Aber natürlich werden wir unsere Aufmerksamkeit auch weiterhin auf die zunehmende Armut richten. Resümierend will ich auf einen Aspekt hinweisen, der mir in der Diskussion etwas zu kurz gekommen ist. Denn Armut ist kein Neutrum, Armut hat ein Geschlecht, Armut ist weiblich. Sie haben es angesprochen, Frau Buntenbach, gerade im Niedriglohnbereich arbeiten 70 Prozent Frauen. Gerade

Frauen sitzen hier sozusagen in der Armutsfalle. Sie würden von der Einführung eines Mindestlohns profitieren.

Vor allem auch für die langzeitarbeitslosen Frauen, überwiegend Alleinerziehende mit ihren Kindern, die aufgrund der schwierigen Betreuungssituation, die wir in Deutschland immer noch haben, keine ausreichende Betreuungsplätze für ihre Kinder finden, hier müssen wir ran, um das Thema Armut zu bewältigen.

Ich will hier auch ankündigen, dass die SPD-Bundestagsfraktion ein Gesetz zur Entgeltgleichheit auf den Weg bringen wird: 23 Prozent beträgt die Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen – das muss sich ändern.